Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland" werben! **„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"**

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 8. | Berlin, 19. Februar 1932. | 13. Jahrg.

Der polnische Außenhandel und die Korridorfrage.

Der Besitz des Weichselkorridors hat die gesamte Wirtschaftspolitik der Polen auf verhängnisvolle Irrwege geleitet. Der Wunsch, den Außenhandel möglichst durch den schmalen Raum des Korridors zu pressen, um dessen verkehrs- und wirtschaftspolitische „Unentbehrlichkeit" zu beweisen, hat die Polen verleitet, den inneren Markt so sehr zu vernachlässigen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu ihren großen Nachbarn so weit abzudrosseln, daß große Teile ihrer Volkswirtschaft in dem Augenblick fast hoffnungslos zusammenbrechen müssen, in dem der Auslandsmarkt den polnischen Gütern die Aufnahme versagt. Der Korridor beherrscht das politische Denken der Polen; sie sehen denjenigen als Feind an, der ihnen in ihrem eigenen Interesse rät, einen Teil zu opfern, um das Ganze zu retten. Der Korridor ist für Polen eine Prestigefrage geworden, der man mit Vernunftgründen und Wirklichkeitsargumenten nur noch schwer beikommen kann. Er ist für die Polen das Richtziel ihrer in einem Raum ohne natürliche Grenzscheiden herumirrenden Politik, die von dem Wunschbild einer Großmacht angelockt wird, deren „Zukunft auf dem Wasser liegt". Wie sie sich durch die Vertreibung der Deutschen aus den entrissenen Gebieten und durch die geistige Gefolgschaft gegenüber Frankreich kulturell vom Deutschtum „unabhängig machen" wollen, so sehen sie im Korridor die beste Garantie dafür, daß es ihnen gelingen werde, auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom deutschen Nachbarn zu gewinnen, d. h. den deutschen Zwischenhandel auszuschließen. Dabei scheint es für sie eine untergeordnete Rolle zu spielen, daß die Genugtuung, über eigene Häfen exportieren zu können, mit enormen staatlichen Subventionen an die exportierenden Firmen, mit Verlusttarifen und unrentablen Kapitalinvestierungen in neuen Verkehrs- und Hafenanlagen erkauft werden muß.

Sie weisen darauf hin, daß ihr Hafen in Gdingen und ihre Kohlenbahn, die Ostoberschlesien mit der Küste verbindet, so imponierende „vollendete Tatsachen" seien, daß auch der überzeugteste Befürworter einer Grenzrevision zu Deutschlands Gunsten daran nicht mehr vorübergehen könne. Ein sonderbarer Optimismus! Es ist nicht einzusehen, warum das Vorhandensein der Kohlenmagistrale oder des Hafens von Gdingen die Beseitigung des Korridors erschweren sollte. Wenn sich die neue Bahnstrecke und der neue Hafen bei einer Grenzänderung als ganz oder teilweise überflüssig erweisen sollten, dann sind sie eben verfehlte Kapitalanlagen gewesen; dann teilen sie eben das Schicksal, das heute schon über die ostoberschlesische Industrie hereingebrochen ist, in der gleichfalls zahlreiche Millionen höchst überflüssigerweise investiert worden sind. Wenn jetzt von polnischer Seite gesagt wird, daß eine Grenzrevision diese kostspieligen neuen Anlagen entwerte, dann kann man darauf nur erwidern, daß der dann entstehende Verlust um so geringer sein wird, je eher die Grenzrevision durchgeführt wird. Ferner kann man den Leuten, die jetzt so behende mit dem Argument der „vollendeten Tatsachen" umgehen, entgegenhalten, daß sie sich über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Gegebenheiten, die innerhalb der alten deutschen Reichsgrenzen seit mehreren Menschenaltern als weit vollendetere Tatsachen bestanden, mit einer bemerkenswerten Leichtigkeit hinweggesetzt haben, und daß sie jetzt kein Recht darauf haben, sich auf Argumente zu stützen, die sie vor 14 Jahren selbst als nebensächlich abgetan haben. Und schließlich, das ist wohl das Wichtigste, was man ihnen erwidern kann: Der Schaden, der vielleicht für die polnischen neuen Anlagen bei einer Grenzrevision im deutschen Sinne angerichtet würde, würde wohl bei weitem aufgewogen durch den Nutzen, der aus einer Wiedervereinigung der entrissenen Gebiete mit Deutschland entstehen würde, und zwar nicht bloß für die heute deutschen Grenzgebiete, sondern auch für die heute zu Polen gehörenden, ehemals preußischen Landesteile. Denn das steht doch fest, daß es den Polen mit all ihren Hafen- und Bahnbauten nicht gelungen ist und auch gar nicht gelingen kann, die Schäden auszugleichen, die sie ihren heutigen Westgebieten durch die Losreißung von Deutschland zugefügt haben. Es genügt z. B. darauf hinzuweisen, daß der ehemalige Binnenhandel des heutigen Korridorgebiets mit den anderen Teilen des Deutschen Reiches größer war, als heute der gesamte polnische Handel mit Deutschland ist. Die Kohlenmagistrale bringt der Bevölkerung des Korridors selbst wenig Nutzen, und was ihr das neue Gdingen etwa geben kann, das hat ihr das alte Danzig schon lange geben können. Die Bevölkerung des Korridors hat, ohne Gewinn aus den polnischen Neuanlagen zu ziehen, nur die ganze Schwere der Grenzzerreißungsschäden zu tragen, an denen ihre Landwirtschaft und ihre Industrie zugrunde gehen.

Es hat offenbar keinen Sinn, schlechthin von einer „wirtschaftlichen Unentbehrlichkeit" des Korridors für Polen zu sprechen. Diskutieren kann man allenfalls über ein verkehrspolitisches Interesse Polens an einem eigenen Zugang zum Meer, aber auch hier, wo die polnische Propaganda besonders selbstsicher aufzutreten pflegt, steht ihre Beweisführung auf bedenklich schwachen Füßen. Sie will aus dem Überwiegen des polnischen nordsüdlichen Warenverkehrs durch den Korridor über den deutschen Warenverkehr zwischen dem Reich und Ostpreußen, die enge verkehrspolitische Verbundenheit des Korridors mit Polen ableiten. Was aber von den Vergleichszahlen, die hierbei von der polnischen Propaganda angeführt werden, zu halten ist, mag man aus folgenden Bemerkungen ersehen. Zunächst wird von der polnischen Statistik nicht der gesamte deutsche Korridorverkehr erfaßt; die Statistik berücksichtigt vielmehr lediglich den Verkehr auf den beiden nördlichen, über Dirschau und Marienburg gehenden Transitlinien, läßt dagegen den Verkehr auf den drei südlichen, über Dt.-Eylau, durch den Netzegau und Posen führenden Strecken ebenso unberücksichtigt wie den Warenverkehr zwischen dem Reich und Ostpreußen, der wegen der hinderlichen Zwischenlagerung des Korridors auf den Seeweg abgewandert ist. Weiter ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß der polnische Warenverkehr durch den Korridor zu nahezu 90 v. H. aus geringwertigen Massengütern (Kohle, Schrott u. dgl.) besteht, die am deutschen Transitverkehr in verhältnismäßig weit geringerem Maße beteiligt sind. Was das bedeutet, erkennt man leicht, wenn man von dem beiderseitigen Gesamtgüterverkehr den Verkehr mit Kohle abzieht, also das mengenmäßig wichtigste Massengut ausscheidet und nur den Verkehr mit den höherwertigen Gütern betrachtet. Dann überwiegt nämlich der deutsche Transitverkehr durch den Korridor den polnischen Verkehr nicht nur wertmäßig, sondern auch mengenmäßig ganz erheblich („Ostland" 1931 Nr. 29 S. 339). Dazu kommt noch ein anderer Gesichtspunkt, der die Stichhaltigkeit der polnischen Korridorverkehrszahlen verringert: Die Polen vertauschen bei ihrem

ständigen Hinweis auf „die überragende Bedeutung“ ihres Korridorverkehrs zum Teil Ursache und Wirkung. Ihr Korridorverkehr ist nämlich nur zum Teil eine aus wirtschaftlichen Gründen entspringende Erscheinung; zum anderen Teil ist er eine Folge ihrer zielbewußten Politik, die den Verkehr — selbst unter wirtschaftlichen Opfern — in eine bestimmte, nämlich die südnördliche Richtung drängt, um dann diese künstlich geschaffene Tatsache des starken Vertikalverkehrs als Argument für die „verkehrspolitische Unentbehrlichkeit“ des Korridors ausnutzen zu können, wie ja auch der Hafen in Gdingen nicht in erster Linie einem wirtschaftlichen oder verkehrspolitischen Bedürfnis, sondern dem Wunsche, Danzig niederzuzwingen, also einer politischen Ursache, seine Entstehung verdankt. Es besteht demnach hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Fundierung ein bedeutsamer Unterschied zwischen dem deutschen und dem polnischen Korridorverkehr: Bei dem Güteraustausch zwischen Ostpreußen und dem Reich handelt es sich um einen Verkehr, der auf in hohem Maße stabil bleibenden Austauschbedürfnissen beruht und demgemäß verhältnismäßig geringe Schwankungen aufweist, während der polnische Korridorverkehr in hohem Grade einen ausgesprochenen Konjunkturcharakter trägt, dessen Nachteile sich eben jetzt, wo dem Außenhandel Polens schwerste Gefahren drohen, in größerem Umfange bemerkbar zu machen beginnen.

Polens Außenhandel ist rapide im Sinken. Er hat im Jahre 1929 fast 6 Milld. Zloty betragen, ist 1930 bereits auf 4,68 und im vergangenen Jahre auf 3,34 Milld. Zloty, in zwei Jahren also um 44,0 v. H. gesunken. Im Jahre 1929 konnte Polen eine Rekordausfuhr von 2,8 Milld. Zloty verzeichnen, aber schon im vergangenen Jahre war mit 1,8 Milld. ein Rekordtiefstand, der geringste Export seit Bestehen des polnischen Staates, zu verbuchen. In den zehn Jahren von 1919 bis 1929 war Polen endlich so weit gekommen, daß die im Auslande erschlossenen Absatzmöglichkeiten ausreichten, um die Bevölkerung nahezu voll zu beschäftigen und die Arbeitslosigkeit auf einen Tiefstand von 100 000 Personen zu verringern. Heute ist das alles vorbei: die Zahl der Arbeitslosen hat sich vervielfacht und die Ausfuhr begegnet Schwierigkeiten, gegen die auch die freigiebigste Prämien-, Tarif- und Subventionspolitik auf die Dauer nicht mehr aufkommen kann. Gerade die beiden Länder, die in der Reihe der Abnehmer polnischer Exportgüter an der Spitze stehen, Deutschland und England, fallen mehr und mehr aus. Seitdem England im September v. J. den Pfundkurs vom Goldstandard löste und zwei Monate später die ersten Notzölle in Kraft treten ließ, hat die polnische Ausfuhr nicht nur in England selbst, sondern auch auf anderen Absatzmärkten, wo sie der durch die Pfundentwertung begünstigten englischen Ausfuhr begegnet, mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Nun hat am 4. Februar das englische Parlament für Anfang März d. J. die Einführung eines nahezu allgemeinen zehnprozentigen Wertzolles beschlossen. Wie andere Länder, so muß auch Polen nach diesem endgültigen Übergang des alten Freihandelslandes zum Schutzzoll mit der Schrumpfung seines englischen Exportgeschäftes rechnen, wenn von dem zehnprozentigen Generaltarif auch vereinzelte Lebensmittel und Rohstoffe ausgenommen sein sollten. Das ist für Polen um so unangenehmer, als es große Hoffnungen auf den Export nach England gesetzt hatte, wo es sich einen Ersatz für die sich ständig verringernde Ausfuhr nach Deutschland glaubte schaffen zu können. Polen geht mit Riesenschritten einer Lahmlegung seines Außenhandels entgegen. Der Wert seiner Ausfuhr hat im Januar d. J. nur noch 93,3 Mill. Zloty und der Wert seiner Einfuhr nur noch 80,4 Mill. Zloty betragen. Ein monatlicher Gesamtaußenhandel von 173,7 Mill. Zloty ist für einen 32-Millionen-Staat, der den Anspruch auf Weltgeltung erhebt, eine lächerlich geringe Summe.

Es ist klar, daß ein solcher durch Absperrung der fremden Märkte und rücksichtslose Drosselung der eigenen Einfuhr verursachter Rückgang des Außenhandels auch dazu beitragen muß, die an sich recht schwach begründete Glaubwürdigkeit der polnischen These von der „wirtschaftlichen Unentbehrlichkeit“ des Korridors zu erschüttern; denn auch denen, die etwa geneigt sind, die polnische These als berechtigt anzuerkennen, muß der Korridor für Polen in dem Maße entbehrlicher erscheinen, in dem der Außenhandel und mit ihm der polnische Korridorverkehr zurückgeht. Wenn nun auch noch der Kohlenexport über Danzig und Gdingen absinkt, der mengenmäßig etwa drei Viertel der seewärtigen Ausfuhr Polens ausmacht, und auf den sich daher die polnische These offenbar in der Hauptsache stützt, dann droht die Überzeugungskraft dieses wirtschaftlichen Korridorargumentes der Polen vollends in die Brüche zu gehen. „Im Falle einer Einstellung des überseeischen Kohlenexports würde der Verkehr im Gdingener Hafen so gut wie aussterben, die Eisenbahnlinie Gdingen—Oberschlesien würde zwecklos sein, der Danziger Hafen würde nicht viel weniger leiden wie Gdingen. Das würde außer den sich daraus ergebenden materiellen Verlusten beklagenswerte Folgen für den Staat, und zwar Folgen politischer Art haben. Aus diesen Gründen dürfen weder die Regierung noch die Kohlenindustrie es zulassen, daß die überseeische Kohlenausfuhr aufhört oder sich auch nur in bedeutenderem Umfange verringert.“ Das hat nicht etwa in einem deutschen Blatt, sondern im Warschauer „Kurjer Polski“, einer der polnischen Schwerindustrie nahestehenden Zeitung, gestanden. So ist es in der Tat: Wenn keine Kohle mehr übersee ausgeführt wird, dann ist Gdingen überflüssig, dann ist ein enormer Kapital- und Arbeitsaufwand nutzlos vertan, dann zerflattert das Symbol, das der polnischen Großmachtidee seit Jahren vorangestanden, in nichts, dann ist es um das wirtschafts- und verkehrspolitische Argument, das die Polen selbst als ihr bestes Argument zur Korridorfrage bezeichnen, geschehen. Wir verstehen die verbissene Hartnäckigkeit, mit der sich alle Kreise in Polen für eine Aufrechterhaltung des Kohlenexports einsetzen. Polen besitzt gegenwärtig keine anderen Industriezweige, die für einen Exportausfall an Kohle einspringen könnten. Es scheut daher keine Opfer, um den Kohlenexport, auch wenn er ein Verlustgeschäft ist, zu behaupten. Es fragt sich aber, ob das die Absicht der Versailler Urheber des Korridors war, den Polen durch die Gewährung eines territorialen Zuganges zum Meere die Verschleuderung ihres (übrigens geraubten) Nationalvermögens zu erleichtern.

Also auch wenn man die polnische Auffassung teilt, daß zur Abwicklung des Güterverkehrs vom polnischen Hinterland zur Küste ein territorialer Zugang zum Meere notwendig sei, steht es schlecht um das Argument der wirtschaftlichen „Unentbehrlichkeit“. Nun trifft es aber gar nicht zu, daß Polen, um Überseehandel treiben zu können, einen Korridor braucht, der Ostpreußen vom Reiche lostrennt. Vielmehr genügt dazu eine vertragliche Sicherung des polnischen Transits durch reichsdeutsches Gebiet, so wie sie der Tschechoslowakei in Versailles gewährt wurde und wie sie sich dort als völlig ausreichend und für beide Teile als zufriedenstellend erweist. Der übliche polnische Einwand, daß ein 32-Millionenvolk nicht auf die gleiche Stufe wie die kleinen Völker, die Schweizer, Tschechen, Ungarn und Deutsch-Österreicher, die gleichfalls keine territorialen Meereszugang besitzen, gestellt werden könne, entspringt lediglich der polnischen Eitelkeit, also einem Faktor, der wirklich nicht als ausschlaggebend anerkannt werden kann. Daß dieser Einwand keine stabile Grundlage in der tatsächlichen Struktur des polnischen Außenhandels besitzt, ist wohl oben zur Genüge dargelegt worden. Polens handelspolitisches Verhältnis zum Meer ist in dieser Frage durchaus nicht anders zu beurteilen als dasjenige der Schweiz, Österreichs und anderer Staaten, die keinen Territorialzugang besitzen und denen er zum Teil sogar vorenthalten wurde mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie einen solchen Zugang nicht brauchen, daß vielmehr eine vertragliche Sicherstellung des Transitverkehrs, wie sie in mustergültiger Weise und auf freier Vereinbarung beruhend auch zwischen Südslawien und Griechenland hinsichtlich des Hafens von Saloniki besteht, vollkommen genügt. Dr. K.

*

Die Tragödie des ostoberschlesischen Bergarbeiters.

Die Lage in Ostoberschlesien hat sich trotz der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs und trotz der Mahnung der Arbeiterorganisationen zum sozialen Frieden so weit verschärft, daß immer noch mit einem allgemeinen Streik der Bergarbeiter gerechnet werden muß. Die Regierung scheint entschlossen, einen Streik, der gebenenfalls die Kohlenförderung und damit auch den Kohlenexport für längere Zeit lahmlegen könnte, mit allen Mitteln, wenn nötig mit Gewalt, zu unterdrücken. Denn sie ist sich bewußt, welch entscheidende Bedeutung einer Aufrechterhaltung der Kohlenausfuhr für Polen in währungs-, macht- und grenzrevisionspolitischer Hinsicht zukommt. Das englische Beispiel schreckt: England hat im Jahre 1926 durch den Streik seiner Bergarbeiter die nordischen Märkte an Polen verloren und damit die Grundlage für den Ausbau von Gdingen, den Bau der Kohlenmagistrale und indirekt damit auch die wesentlichsten Voraussetzungen der derzeitigen Handelspolitik Polens geschaffen. Liegt nicht die Befürchtung nahe, daß Polen durch einen Streik seiner Bergarbeiter jetzt diese Märkte wieder verlieren und das ganze künstliche System seiner Außenhandelspolitik erschüttern könnte? Am 14. Februar fand in Sosnowitz ein Kongreß der Delegierten des Zentralverbandes der Dombrowaer und Krakauer (also der kongreßpolnischen und galizischen) Bergarbeiter statt, in dem für den Fall, daß die Industriellen nicht auf den Lohnabbau verzichten, der Generalstreik beschlossen wurde.

Die Erfolgsaussichten eines Streiks sind für die Arbeiter gering; mit Recht wurde in der Kundgebung der Bergarbeiterorganisationen, in der um Arbeitsfrieden und zur Annahme der notwendigen Lohnsenkung gemahnt wurde, darauf hingewiesen, daß ein Streik mit einem Heer von über 100 000 Arbeitslosen im Rücken unweigerlich zusammenbrechen müsse. Die finanzielle Lage der Gewerkschaften ist nicht so fest, daß sie einen langen Ausstand durchhalten könnten. Und die Regierung würde wahrscheinlich Polizei und Militär zum Schutz der Streikbrecher aufbieten. Die ostoberschlesischen Bergarbeiter, die vor elf Jahren für Polen gestimmt haben, erhalten jetzt die Quittung auf ihre polenfreundliche Gesinnung. Was ist von der berühmten „Kuh Korfantys“, die jeder Oberschlesier in seinem Stall haben sollte, wenn das Land an Polen fällt, übriggeblieben? Hunger, Entbehrung und Not! Bestenfalls Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen und für die kein deutscher Arbeiter in die Gruben gehen würde! Am ostoberschlesischen Arbeiter rächt sich der wirtschaftliche Widersinn des Genfer Schiedsspruches, der eine hochindustrielle Provinz mit einem Agrarland verkoppelte, das niemals die innere Kraft besitzen konnte, die Reichtümer, die ihm mit den Gruben und Werken Ostoberschlesiens zugeteilt wurden, zu pflegen und zu vermehren.

Kampf um Memel: Volksabstimmung!

„Die Besitzergreifung des Memellandes durch Litauen ist die Probeaktion auf die einmal unabwendbar kommende Besitzergreifung Ostpreußens durch Polen", hieß es im „Dzien Polski" am Tage nach dem litauischen Staatsstreich in Memel. „Wenn die Litauer in Memel tun können, was sie wollen, können die Polen sich geneigt fühlen, Danzig zu besetzen, eine Stadt, die Deutschland niemals hätte weggenommen werden sollen"; so hieß es in dem führenden Blatt der englischen Liberalen, dem „Manchester Guardian". „Die Tragik der Vorgänge liegt in der Ohnmacht Deutschlands. Die deutsche Ostgrenze kann man nach diesen Vorgängen als immer gefährdet ansehen. Hier liegt die zukünftige Bedrohung Deutschlands und Europas"; so konnte man in einem schwedischen Blatt, den „Dagens Nyheter", lesen. In diesen Stimmen, denen sich zahlreiche andere aus allen Ländern anfügen ließen, ist die durch den litauischen Memelputsch aufgeworfene Frage ganz richtig erfaßt worden, nämlich als die Frage nach der Sicherheit der deutschen Grenzen, insbesondere der Sicherheit Danzigs und Ostpreußens, gegen die eine sich in letzter Zeit stetig verstärkende und immer unverhüllter auftretende polnische Propaganda Sturm läuft. Daß es die Polen nicht bei bloßen Worten bewenden lassen, das haben die neuesten Vorgänge in Danzig bewiesen, das beweisen auch Tatsachen, wie die kürzliche Verstärkung der polnischen Truppenkontingente in den Korridorgarnisonen durch motorisierte und berittene Formationen, sowie die Berufung des Generals Zeligowski, des Eroberers von Wilna, zu Marschall Pilsudski.

Der Putsch von Memel würde in der Tat eine Generalprobe für die kommende Besetzung Ostpreußens sein, wenn Deutschland jetzt bei der Behandlung der Memelfrage im Auslande den Eindruck erwecken würde, daß es weder fähig noch entschlossen ist, sich den Kränkungen und Gewalttaten, die ihm durch beutelustige Nachbarn zugefügt werden, zu widersetzen. Das entschiedene Auftreten der deutschen Regierung in Genf, das freilich durch die vorzeitige Abreise des Reichskanzlers in seiner Wirkung merklich abgeschwächt wurde, hat seinen Eindruck auf das Ausland und auf Litauen selbst offenbar nicht verfehlt, zumal sehr deutlich zu erkennen war, daß es in Deutschland von rechts bis links nur eine Stimme des Protestes und der Bereitschaft zu — notfalls auch aktiver Gegenwehr gab. „Sollte nun noch ein litauischer Versuch erfolgen", so schrieb mit Recht die sonst sehr zurückhaltende „Dtsch. Allg. Ztg.", „einen neuen Putsch zu begehen, so könnte man es bei dem heutigen national erregten Deutschland wohl kaum vermeiden, daß wie einst 1921 Tausende und aber Tausende von deutschen Jünglingen und Männern über die Grenze gehen und daß sich in den Wäldern und Heiden des Memeler Gebietes wieder um schwarze Fahnen Scharen bilden, mit denen die Putschisten zu rechnen hätten. Über 30 000 Menschen sind es gewesen, die nach den Schrecknissen des Weltkrieges, zur Zeit der größten Friedenssehnsucht Deutschlands, die Flinten ergriffen und nach Oberschlesien zogen. In der gegenwärtigen Zeit der Millionen Arbeitslosen, in der Zeit, da die männliche deutsche Jugend in erzwungenem Müßiggang zähneknirschend die Hände in den Schoß legt, in der Zeit der nationalen Erregung würde sich ihre Zahl vervielfältigen, und keine Regierung könnte sie daran hindern." Die „Königsb. Allg. Ztg." wußte zu melden, daß man sich in Berliner Regierungskreisen mit dem Gedanken beschäftigte, ein deutsches Kriegsschiff nach Memel zu senden, das „natürlich nicht die Aufgabe eines kriegerischen Eingreifens, sondern lediglich die selbstverständliche Pflicht hätte, die durch den beabsichtigten litauischen „Marsch auf Memel" gefährdete deutsche Bevölkerung zu schützen." (Am 14. Februar ist der Kreuzer „Leipzig" auf der Reede von Pillau eingetroffen, um, wie die Reichsmarinedienststelle Königsberg mitteilte, wie alle Neubauten der Reichsmarine vor Neukrug Meilenfahrten zu machen.)

Die Erkenntnis dieses unvermuteten, neu erwachten nationalen Widerstandswillens in Deutschland hat auf die Litauer anscheinend etwas ernüchternd gewirkt; sie haben wohl gemerkt, daß sie mit dem deutschen Volk nicht mehr nach Belieben umspringen können. Auf diese Erkenntnis ist es wohl auch zurückzuführen, daß der für den 16. Februar geplante „Marsch auf Memel" abgeblasen wurde, durch den 5000 litauische Schützen die endgültige Beseitigung der Autonomie und die völlige Einverleibung des Memelgebietes in Litauen erzwingen wollten. Trotz dieses Verzichtes auf die Anwendung bewaffneter Gewalt und trotz des Erscheinens des zuerst „erkrankten" litauischen Außenministers in Genf hat sich die Lage im Memelgebiet aber durch fortgesetzte weitere litauische Rechtsbrüche derart verschärft, daß Deutschland auf geeignete Gegenmaßnahmen auf handelspolitischem und anderem Gebiete nicht verzichten kann, um seinen Bemühungen vor dem Völkerbunde in Genf den materiellen Nachdruck zu verleihen, auf den man dort allein reagiert.

In Genf hat sich am 13. Februar auf die wiederholten dringlichen Vorstellungen der deutschen Regierung hin der Apparat des Völkerbundes in Bewegung gesetzt, der seinen schwerfälligen, bürokratischen Gewohnheiten entsprechend, zunächst einmal einen aus dem Norweger Colban und einigen Juristen bestehenden Ausschuß zur Untersuchung der Rechtsfragen des Bruches der Memelkonvention durch Litauen eingesetzt hat entgegen den hartnäckigen Bemühungen des litauischen Außenministers Dr. Zaunius, der mit einer kaum zu überbietenden Dreistigkeit den Versuch gemacht hat, die Unschuld Litauens zu beweisen und die Wirkung der klaren und scharfen Darlegungen des deutschen Vertreters, des Staatssekretärs v. Bülow, abzuschwächen. Das Vorgehen der litauischen Regierung im Memelgebiet, so wagte Zaunius zu behaupten, entspreche durchaus den Bestimmungen der Memelkonvention und des Memelstatuts! Die deutsche Regierung habe nicht das Recht, als Mitglied des Völkerbundsrates die Memelereignisse vor den Völkerbundsrat zu bringen! In Memel sei alles in bester Ordnung! — Der Vorschlag von Bülows, bis zur endgültigen Ratsentscheidung ein vorläufiges, auf das Vertrauen der Memelbevölkerung gegründetes Direktorium einzusetzen, ist vom Rat auf Ersuchen des Vorsitzenden, des Franzosen Paul Boncour, mit der Begründung abgelehnt worden, daß bei der „beschleunigten Erledigung der Angelegenheit" eine solche Übergangsregelung nicht notwendig sei. So hat Litauen inzwischen freie Hand im Memelgebiet, während sich die Klärung der Rechtslage des Memelputsches verschleppt und im Völkerbunde das übliche, auf ein faules Kompromiß hinzielende Intrigenspiel einsetzt, bei dem erfahrungsgemäß in der Regel derjenige im Vorteil ist, der sich im Angriff und im Unrecht befindet.

Deutschland darf sich jetzt nicht wieder mit einem faden Kompromiß abspeisen lassen. Es muß mit aller Entschiedenheit die Auffassung durchdrücken, daß eine Wiederherstellung des früheren Zustandes, wie er vor dem Putsch in Memel bestanden hatte, nicht genügt, um die Sicherheit Memels vor neuen litauischen Gewalttaten zu verbürgen. Eine Regelung, aus der heraus der Putsch entstanden ist, kann in Zukunft keinesfalls mehr als zufriedenstellend anerkannt werden. Was von der litauischen Vertragstreue zu halten ist, das hat die Welt in den letzten neun Jahren zur Genüge erfahren. Man kann zu den feierlichen Versprechungen litauischer Staatsmänner nicht mehr so viel Vertrauen haben, daß man es noch verantworten könnte, das gegen seinen Willen vom deutschen Mutterlande losgerissene Memelgebiet wieder in die Souveränität Litauens zurückzugeben. Die Memelfrage muß jetzt von Grund auf neu geregelt werden. Der einzig mögliche Weg, der heute noch zur Neuregelung der Memelfrage beschritten werden kann, ist die Volksabstimmung, die der Bevölkerung des Gebietes die Möglichkeit gibt, unbeeinflußt über ihre staatliche Zukunft zu entscheiden. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß das Memelland mit einmütiger Geschlossenheit seinen Willen zur Heimkehr ins Reich bekunden wird. An den Zuständen, wie sie im Januar 1923 von der ins Memelland entsandten Sonderkommission der Botschafterkonferenz vorgefunden und in einer Denkschrift dargestellt wurden, hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. In diesem von je einem Franzosen, Engländer und Italiener unterzeichneten Dokument heißt es u. a.:

„In der Stadt Memel wohnen fast nur Deutsche. Anders kann es ja auch nicht sein, da die deutsche Grenze seit 500 Jahren unverändert geblieben ist. Die Ostgrenze des Memelgebiets, die frühere russisch-deutsche Grenze, stellt eine wirkliche Scheidewand zwischen zwei verschiedenen Zivilisationen vor. Mindestens ein Jahrhundert trennt sie voneinander. Es ist eine richtige Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien! Auf deutscher Seite ist die Bildung so weit vorgeschritten, daß nicht einmal unter den Dorfbewohnern Analphabeten zu finden sind. Eine große Anzahl gut erhaltener Wege verbindet die Dörfer untereinander. Die Gebäude sind hübsch und bequem. Das Land wird nach den neuesten Methoden bearbeitet. Der Kleinbesitz entfaltet sich ebenso wie der Großbesitz. Auf der anderen Seite dagegen sind die Dorfbewohner verarmt; nur die im russischen Heer gedienten Männer haben ein wenig rudimentäre Bildung genossen. Wege sind wenig oder überhaupt nicht vorhanden. Der Bauer, der das Land nicht zu bebauen versteht, läßt es zwei Jahre brach liegen, bis er es bestellt. Das Haus, in dem er wohnt, ist klein und unsauber. . . . Es können auch noch andere Unterschiede angeführt werden. Die Bewohner Großlitauens sind Katholiken, dagegen sind die Bewohner des Memelgebietes Protestanten. Die litauische Sprache hat sich nicht in gleicher Weise dies- und jenseits der Grenze entwickelt. Ein großer Teil der Memelländer fürchtet sich vor einem Anschluß an Litauen ohne genügend autonome Garantien, denn sie wissen ganz gut, was sie dann zu erwarten hätten: Heeresdienst, hohe Steuern, Verteurung des Lebensunterhalts um 400 v. H., Desorganisation des Wirtschaftslebens, Bestechungswesen und Protektion, also Dinge, die allen Gebieten anhaften, die sich aus den Trümmern Rußlands gebildet haben. Während sich sämtliche Führer der Deutschen, mit denen die Kommission zusammentraf, für einen Volksentscheid über die Unabhängigkeitsfrage des Memelgebiets aussprachen, zeigte kein Nationallitauer den Wunsch nach einem Plebiszit. Diese Tatsache zeigt deutlicher als alle Statistiken, daß sich die Mehrheit der Bewohner nicht aus Litauern zusammensetzt." — Diesem Bericht ist nichts hinzuzufügen.

Protestkundgebungen gegen die Vergewaltigung Memels.

Die Antwort auf das Ostbund-Telegramm an den Reichskanzler.

Auf das von der Ostbundleitung an Herrn Reichskanzler Dr. Brüning nach Genf gerichtete Telegramm, in dem nachdrücklich gegen die Vergewaltigung des memelländischen Deutschtums protestiert wurde, ist unserer Bundesleitung über das Auswärtige Amt nachfolgendes Antworttelegramm zugegangen:

„Berlin, 13. Febr. Im Auftrage des Herrn Reichskanzlers danke ich bestens für Ihr obengenanntes Schreiben. Wie Ihnen bekannt, hat der Herr Reichskanzler mit Schreiben vom 8. Februar d. J. dem Völkerbundsrat von dem Bruch des Memelstatuts durch Litauen Mitteilung gemacht und die sofortige Einberufung des Völkerbundsrats verlangt. Die Anberaumung der Sitzung des Rats wurde dadurch verzögert, daß ein bevollmächtigter Vertreter für Litauen in Genf nicht anwesend war. Herr Staatssekretär von Bülow wies den Generalsekretär des Völkerbundes erneut darauf hin, daß der deutsche Antrag keinesfalls einen weiteren Aufschub dulde. Der Vertreter der litauischen Regierung, der litauische Außenminister Zaunius, ist dann am 13. Februar in Genf eingetroffen, und die Verhandlung findet heute nachmittag statt.

Seien Sie überzeugt, daß die Reichsregierung in Fortsetzung ihres bisherigen Vorgehens entschlossen ist, mit allem Nachdruck für die Gewährleistung der Rechte der Memelländer einzutreten. J. A. Hey."

*

Die Kundgebung in Berlin.

Am 12. Februar veranstaltete der Memellandbund in Gemeinschaft mit dem Deutschen Ostbund, dem Verein für das Deutschtum im Auslande, dem Ostmarkenverein und den landsmannschaftlichen Ostverbänden der Danziger, Ost- und Westpreußen, Schlesier u. a. eine Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung des Memellandes. Der Plenarsitzungssaal des Herrenhauses war überfüllt. Hinter der Rednertribüne hatte das umflorte Banner des Memellandbundes Aufstellung genommen. Es herrschte eine Stimmung im Saal, aus der man die Erbitterung über das litauische Vorgehen und Bereitschaft zum Kampf um die zu Boden getretenen Rechte deutschen Volkstums heraushören konnte, eine Stimmung, in die die anklagenden und aufrufenden Worte der Redner wie zündende Funken einsprangen und die sich immer wieder in erregten Zwischenrufen Luft machte. Die Redner des Memellandbundes, Prof. Boerschmann, Frau Brönner-Höpfner und Dr. Borchardt gaben einander ergänzende Darstellungen der völkischen Struktur des Memellandes, seiner Leidensgeschichte seit der Lostrennung vom Deutschen Reiche, seines Kampfes um die Autonomie und faßten zum Schluß die im einzelnen begründeten deutschen Forderungen in einer von der Versammlung gebilligten Entschließung zusammen. Nur weil Deutschland sich nicht wehren konnte, sei das Memelland vom Reiche losgerissen worden; es habe keinerlei völkische Rechtfertigung für diese Lostrennung gegeben, und die alliierten Mächte hätten, als sie die Lostrennung verfügten, noch gar nicht gewußt, was sie mit diesem nordöstlichsten Stück des Deutschen Reiches anfangen sollten. Die Bevölkerung habe damals ihren fast einmütigen Willen, bei Deutschland zu bleiben, bekundet und sich dann, in der Zeit der französischen Besetzung, für die Freistaatlösung (unter neutraler Führung) entschieden, um nur eine Auslieferung an das benachbarte Litauen zu vermeiden, von dem das Memelland in Kultur- und Wirtschaftsstand ebenso scharf getrennt sei, wie in Sprache, Konfession und geschichtlicher Entwicklung. Doch ehe die Botschafterkonferenz in Paris zu dieser Willensäußerung des Memelvolkes Stellung nehmen konnte, habe mit dem Litauereinfall am 15. Januar 1923 der erbitterte Kampf des Memellandes mit dem asiatischen Osten begonnen, der jetzt mit dem Putsch des Gouverneurs Merkys seinen entscheidenden Höhepunkt erreicht habe. Die Redner stellten die Politik des litauischen Räubers, dieses verschlagenen, kleinen Gelegenheitsdiebes, an den Pranger, sie schilderten die Entstehung und rechtliche Bedeutung des Autonomiestatutes, dessen Anerkennung und Beachtung eine Vorbedingung für die Übertragung der Souveränität im Memellande an die Litauer gewesen sei, das den Memelländern die Erhaltung ihrer überlieferten Rechte und ihrer Kultur, ihrer deutschen Kultur! gewährleisten sollte, und das, wie kein anderer als der gegenwärtige litauische Staatspräsident Smetona klar dargelegt habe, den Litauern eine weitgehende Beschränkung ihrer Rechte auferlege, von diesen aber niemals eingehalten und beachtet worden sei, so daß Smetona schon im Jahre 1925 habe feststellen können: „Ich fürchte, daß es in der Memelkonvention nicht einen einzigen Paragraphen gibt, gegen den nicht schon verstoßen wäre." Heute sei die Memelfrage vielleicht zu einem Angelpunkt des Weltgeschehens geworden. Von dem äußersten Nordosten Deutschlands sei schon einmal die Welle der Befreiung über Deutschland gekommen. Die Memelfrage sei ein Prüfstein für die innere Kraft des Völkerbundes, an dem auch die Gläubigsten schon zu verzweifeln anfingen. Hier werde es sich entscheiden, ob das weitere Völkergeschehen künftig mit den Mitteln des Rechtsbruchs und der Gewalt erfolgen solle, oder auf der Grundlage von Menschenrecht und Gesetz. Nicht auf die Größe des Landes, um das die Entscheidung gehe, komme es an, sondern auf die Größe des Unrechts, das diesem Lande angetan worden sei. Deutschland habe Litauen als Staat geschaffen, es habe diesen Staat Jahre hindurch mit Freundschaftsbeweisen überschüttet, ihm wirtschaftliche und politische Vorteile geboten. Jetzt aber müsse Schluß gemacht werden damit; jetzt sei die Geduld zu Ende; jetzt sei es an der Zeit, nicht nur mit der Faust auf den Tisch des Völkerbundes zu schlagen, sondern dem dreisten Räuber deutschen Landes einmal die Faust unter die Nase zu halten. Litauen habe sich unwürdig unseres Vertrauens gezeigt; das Autonomiestatut habe sich als unzureichend erwiesen; die Politik gegenüber Litauen könne jetzt nicht mehr ohne Berücksichtigung des Memellandes geführt werden; in Kowno sollen sie wissen, daß sie uns nur so viel wert sind, als sie den Deutschen des Memellandes an Gerechtigkeit und Freiheit gewähren. Den Memelländern müsse das Recht auf freie Selbstbestimmung zurückgegeben werden. Es sei undenkbar, daß das Memelland nach dem letzten Ereignisse noch unter der Souveränität der Litauer bleiben könne.

Die Redner des Memellandbundes wurden häufig von stürmischem Beifall unterbrochen. „Schluß mit Litauen" wurde immer wieder aus der erbitterten Menge gerufen. Das Miterleben deutschen Volkstumsschicksals fand auch in den Worten, die zwei Nichtostmärker, ein Württemberger und ein Nordschleswiger, sprachen, und schließlich in dem von der Menge begeistert gesungenen Deutschlandlied seinen Ausdruck. — Es wurde eine längere Entschließung angenommen, in der folgende unmittelbare Maßnahmen mit sofortiger Wirkung gefordert wurden:

1. Einsetzung einer örtlichen Kommission des Völkerbundes zur laufenden Berichterstattung über die Lage im Memelgebiet;
2. Wiedereinsetzung des Direktoriums Böttcher und Rückgängigmachung aller litauischen Maßregeln aus Anlaß des Putsches vom 6. Februar;
3. Abberufung des Gouverneurs Merkys;
4. Rückziehung des Militärs und der großlitauischen Schützenverbände aus dem Memelgebiet;
5. Auflösung der neu gebildeten litauischen Schützenverbände innerhalb des Memelgebietes;
6. Aufhebung des Kriegszustandes.

Ferner wurden in der Entschließung zur Neuordnung der Dinge im Memelgebiet folgende beschleunigt durchzuführende Maßnahmen verlangt:

1. Suspendierung der litauischen Souveränität mit allen Voraussetzungen und Folgen;
2. Wiederherstellung des staatlichen Standes im Memelgebiet vor Einbruch der Litauer im Januar 1923;
3. Volksbefragung aller vollberechtigten Memelländer innerhalb und außerhalb ihrer Heimat über ihre staatliche Zukunft;
4. völlige Neuregelung der Memelfrage unter der grundsätzlichen Ausschaltung Litauens.

*

Weitere Ostbund-Kundgebungen.

Die **Ortsgruppe Kassel** des Deutschen Ostbundes hat uns folgende Kundgebung gegen die Vergewaltigung des memelländischen Deutschtums zugehen lassen:

„Wir nehmen hiermit Veranlassung, unsere uneingeschränkte Zustimmung zu dem Protest der Bundesleitung des Deutschen Ostbundes an den Herrn Reichskanzler gegen die Vergewaltigung des Memellandes zum Ausdruck zu bringen und dem Bundespräsidium zu danken für diesen in der Memellandfrage unternommenen ersten Schritt. Wir erlauben uns, dabei die Erwartung auszusprechen, daß es bei diesem ersten Schritt nicht bleiben wird, sondern daß der Deutsche Ostbund erforderlichenfalls weitere Maßnahmen treffen wird, unseren schwerbedrängten memelländischen Brüdern zu Hilfe zu kommen. Nach diesem erneuten Rechts- und Vertragsbruch hat u. E. die litauische Regierung jedes Recht verwirkt, noch weiter als Schutzmacht des Memellandes angesprochen zu werden, und es erscheint uns der Augenblick gekommen, den Schutz des Memellandes derjenigen Macht zuzuerkennen, die allein einen vollgültigen Rechtsanspruch auf das Memelland hat: Deutschland. Wir erwarten, daß der Ostbund in diesem Sinne weiter bei der Reichsregierung und bei dem Herrn Reichspräsidenten, gegebenenfalls auch beim Völkerbund vorstellig wird, um so den Anfang zur Beseitigung einer Rechtsbeugung zu machen, die im Versailler Vertrage dem Deutschen Reich und Volk angetan worden ist. Nach dem durch den Präsidenten Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangen wir eine Volksabstimmung aller Memelländer innerhalb und außerhalb des Memelgebiets zur endgültigen Feststellung des Besitzrechtes an diesem Lande.

Deutscher Ostbund e. V., Ortsgruppe Kassel,
Pelz, Pfarrer, 1. Vorsitzender.

(Den **Potsdamer** Protest **siehe** Seite 92.)

Polens Pläne gegen Ostpreußen und Danzig.

Die weit ausgreifenden politischen Ziele Polens gegenüber dem deutschen Ostraume, dem abgetrennten Ostpreußen, dem Weichsellande und Danzig wurden bei einer geschlossenen Feier des zehnjährigen Bestehens der polnischen Studentenvereinigung „Bratnia Pomoc" („Bruderhilfe") in Danzig am 2. Februar d. J. in Einzelheiten enthüllt, die bei der Anwesenheit offizieller polnischer Vertreter geeignet erscheinen, großes politisches Aufsehen zu erregen. Im Verlaufe dieser nationalpolnischen Kundgebung wurde von einer Reihe von Rednern besonders die Begehrlichkeit Polens auf Ostpreußen hervorgehoben. Aus dem Verlauf dieser polnischen Studentenkundgebung ergab sich, daß von den etwa 450 polnischen Studenten an der Technischen Hochschule in Danzig innerhalb von vier Korporationen 70 v.H. militärisch ausgebildet sind. An Stelle des am Erscheinen verhinderten polnischen Bischofs aus Warschau hielt ein anderer polnischer Geistlicher in der polnischen Stanislauskirche in Danzig-Langfuhr eine Predigt politischen Charakters. Er hoffe, daß in Kürze das Ziel der akademischen polnischen Jugend in Danzig erreicht sein werde und daß auf „dieser polnischen Erde" (!!) bald polnisches Militär sein werde, um die „polnische Tradition" in Danzig fortzusetzen. Angesichts des Altars möge jeder in seinem Herzen den Treuschwur leisten, nicht eher zu ruhen, als bis der letzte Deutsche von hier gegangen sei.

Unter den Huldigungsdepeschen an den polnischen Staatspräsidenten, an Marschall Pilsudski und den Chef des polnischen Generalstabes hatte das Telegramm an Pilsudski folgenden bezeichnenden Wortlaut: „Wie lange noch, Marschall, willst du auf die Dummheiten Danzigs schauen? Pflücke Danzig!"

Für Minister Strasburger sprach als Abgesandter der amtlichen Polenvertretung in Danzig Legationsrat Lalicki über die polnische Studentenschaft. Sie sei eine Aktivgruppe, die zielbewußt den Sieg über den Germanismus herbeiführen wolle. Aber dazu sei im höchsten Maße notwendig, daß sämtliche Anweisungen der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig (!) befolgt würden. Die akademische Jugend sei ein wirksames Mittel zur Polonisierung Danzigs, zumal sie infolge ihrer militärischen Vorbildung berufen sei, gegebenenfalls auch mit scharfer Waffe zu kömpfen. Frenetischer Beifall wurde dem polnischen Diplomaten gezollt als er betonte, die Polen ersehnen den Tag und die Stunde, an welchem der Versailler Vertrag zugunsten Polens abgeändert werde. Die von germanischem Haß geknechten Brüder aus Ostpreußen und Danzig würden dann wieder in den Schoß des „polnischen Vaterlandes" zurückkehren. Es komme der Tag, ja, er sei schon angebrochen, daß Danzig an Polen zurückgegeben werde und mit ihm die unter dem Germanismus leidenden polnischen Teile Ostpreußens. — Diese maßlos aufreizenden Auslassungen eines polnischen Diplomaten auf Danziger Boden wiegen politisch um so schwerer, als sie einen gröblichsten Mißbrauch des Gastrechtes darstellen, das die Regierung der Freien Stadt der amtlichen Konsulatsvertretung Polens gewährt.

Ministerialdirektor Stypinski aus Warschau als Vertreter des polnischen Kultusministers bedauerte, das Los der polnischen akademischen Jugend in Danzig noch nicht in dem erwünschten Maße mildern zu können, „weil Danzig leider immer noch nicht Warschau unterstellt sei!" Mit der Überreichung einer Anweisung auf 3000 Zloty für die polnische Studentenschaft in Danzig wünschte der Vertreter des polnischen Kultusministers die Abhaltung der nächsten polnischen Studentenkundgebung in den „Sälen des polnischen Polytechnikums im polnischen Danzig!" —

Der Vertreter des polnischen Regierungspräsidenten in Thorn, der Renegat Seydlitz, schloß seine aus Drohungen gegen Deutschland bestehende Rede mit den Worten: „Ich höre auf, denn ich möchte nicht mehr sprechen, als gut wäre. Es geht viel Wichtiges vor sich!" — Als Abgesandter des polnischen Generals Paslawski sprach ein gewisser Oberst Landau in Zivil über das „baldige Erscheinen polnischen Militärs in Danzig". Er hoffe, das vom Danziger Rathaus bald polnische Fahnen wehen werden, während die Straßen dröhnen vom festen Schritt des einziehenden polnischen Militärs.

In internerem Kreise dieser polnischen Veranstaltung wurde der polnische Regierungsvertreter aus Thorn noch gesprächiger über besondere politische Dinge. Nach seiner Meinung bereiten sich „große Dinge" im Osten und Westen vor. Er spann den Faden weiter, was zu geschehen habe, wenn Deutschland sich beharrlich weigere, Reparationen zu zahlen, Frankreich müßte sich dann an weiteren deutschen Gebietsteilen schadlos halten. Polen werde eine wichtige Rolle dabei spielen, indem es Ostpreußen und Danzig nehme. Es werde dann eine Teilung Deutschlands geben, wie es eine Teilung Polens gegeben habe. Oberst Landau aus Thorn fühlte sich ganz als „polnischer Militär", der seine Schlüsse aus „verschiedenen Umgruppierungen und Ausrüstungen" gezogen habe. Man sei jedenfalls gerüstet, und vielleicht komme er eher nach Königsberg in Uniform, als zum zweiten Male nach Danzig in Zivil. Habe man erst Ostpreußen in Besitz, dann würde keine Macht der Welt polnische Soldaten dort herausbringen. Danzig nehme man so im Vorbeigehen!

Deutlicher können die wahren Absichten Polens auf den deutschen Ostraum nicht ausgesprochen werden. Wohl gemerkt: Hier haben nicht Privatleute, sondern amtliche Vertreter gesprochen! Der Danziger Senat hat aus diesem Anlaß die diplomatische Vertretung Polens in Danzig ersucht, dafür zu sorgen, daß die Teilnahme polnischer Beamten an derartigen Veranstaltungen in Zukunft unterbleibt. Gegen die beteiligten polnischen Studenten ist unmittelbar durch die Danziger politischen Stellen das Erforderliche veranlaßt worden. Die deutsche Studentenschaft hat sich fast vollzählig zu einer gewaltigen Gegenkundgebung versammelt, in der das Gelöbnis, Danzig bis zum äußersten zu verteidigen, abgelegt wurde.

Srasburger hat auf diese Danziger Beschwerde in einem herausfordernden und gereizten Ton geantwortet, der Danziger Senat habe nicht das Recht, „sich in die Angelegenheiten der polnischen Beamten einzumischen (!)"; dagegen habe Polen das Recht, seiner studentischen Jugend die Versicherung zu geben, daß es auf Danzig und seine vertraglichen Rechte in der Freien Stadt (die es selbst seit Jahren in der gröblichsten Weise verletzt. Schriftl.) nicht verzichten werde; der Senat habe sich ja auch nicht gegen seine Beamten gewandt, die an Kundgebungen teilgenommen hätten, in denen die Rückkehr Danzigs zum Deutschen Reiche gefordert worden sei. Strasburger scheint vergessen zu haben, daß eben erst der Haager Schiedsgerichtshof klar festgestellt hat, daß Polen keinerlei Recht hat, für seine eigenen Staatsangehörigen (also auch nicht für seine Beamten, Studenten usw.) in Danzig die gleichen Rechte zu beanspruchen, die den deutschen Danzigern zugestehen. Danzig ist eine rein deutsche Stadt. Wenn die Deutschen Danzigs die Rückkehr ihres von der Entente erzwungenen Freistaates zum deutschen Mutterlande verlangen, so hat niemand das Recht, diese Bekundung des Selbstbestimmungsrechtes als etwas Ungehöriges oder Unerlaubtes anzusprechen. Wenn aber ein Pole, der sich vorübergehend zu Studienzwecken in Danzig aufhält, weil er an der dortigen Technischen Hochschule mehr lernen kann, als an den Technischen Hochschulen in Polen, und wenn gar ein Beamter oder ein Offizier aus Polen einen gelegentlichen Besuch in Danzig dazu benutzt, um gegen die Freie Stadt derartige Drohungen und Schmähungen auszusprechen, wie es bei der Zehn-Jahres-Feier der „Bratnia Pomoc" geschehen ist, dann ist das eine unerhörte Herausforderung der deutschen Bevölkerung Danzigs und ein grober Mißbrauch des von Danzig gewährten Gastrechtes, gegen den sich zu verwahren die Danziger Regierung alle Veranlassung hat. Es ist zu hoffen, daß sich der Senat der Freien Stadt von dem herausfordernden Schreiben des polnischen Vertreters nicht einschüchtern und sich trotz des bereits angemeldeten polnischen Protestes von durchgreifenden Maßnahmen gegen die polnische Studentenschaft nicht zurückhalten läßt. Zu hoffen ist ferner, daß auch die Deutsche Reichsregierung in Warschau gegen die Umtriebe polnischer offizieller Persönlichkeiten in Danzig, die sich nicht nur gegen Danzig, sondern auch gegen Ostpreußen gerichtet haben, Verwahrung einlegt und entsprechende Genugtuung fordert.

Nicht in Reden allein kündigt sich die verschärfte Angriffstätigkeit Polens auf Danzig an. Die zahllosen Streitfälle, die zwischen Danzig und Polen bestehen, sind der beste Beweis dafür, daß die in Versailles gelegten Grundlagen des Danzig-polnischen Verhältnisses dem Lebensrecht der deutschen Stadt nicht genügen. Hierzu kommt jetzt eine neue Tatsache: Der polnische Vertreter in Danzig, Minister Strasburger, hat um seine Entlassung gebeten, die ihm gewährt worden ist. Zum Nachfolger Strasburgers wurde der bisherige Generalkonsul in Königsberg, Dr. Kasimir Papée, ernannt. In Warschauer politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die Entwicklung, die die Dinge in letzter Zeit genommen haben, die Fortsetzung „der sehr gemäßigten Politik (!) des Ministers Strasburger unmöglich gemacht" habe. Das halbamtliche Blatt, die „Gazeta Polska", kündigt bereits offen eine Verschärfung des polnischen Kurses gegenüber Danzig an und bringt, was besonders beachtlich ist, die Vorgänge in Danzig mit den letzten Ereignissen in Memel in einen kaum mißzuverstehenden Zusammenhang. Diesen Faden spinnt z. B. auch der der Regierung nahestehende „Kurjer Poranny" in einem Artikel fort, in dem zunächst von „dem entarteten preußischen Chauvinismus, der in Danzig wütet und dort zur straflosen Ermordung der Polen auf den Straßen führt (!?)" und dann von der Notwendigkeit einer radikalen Beseitigung der durch die beiden Häfen Danzig und Memel drohenden Komplikationen die Rede ist, wobei natürlich Litauen, das in das Memelland eingebrochen ist, und Polen, das diesem Beispiel in Danzig folgen möchte, als die Mächte erscheinen, die berufen sind, den von Deutschland gestörten Frieden zu sichern!

Die Lehre von Stolp.

Der Geschäftsführer des Polnischen Schulvereins in Ostpommern, Jan (Johann Rochus) Bauer, hatte in einem Prozeß am 16. März 1931, in dem sich einige Angehörige der polnischen Minderheit wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten hatten und auch bestraft wurden und in dem er als Zeuge aufgetreten war, unter Eid abgestritten, unter der kaschubischen Bevölkerung des Kreises Bütow bewußt nationalpolitische Propaganda getrieben zu haben. Die Staatsanwaltschaft sah sich veranlaßt, gegen Bauer ein Meineidsverfahren einzuleiten. Am 23. Mai v. J. wurde er verhaftet. Nun ist der polnische Agitator nach dreitägiger Verhandlung (9. bis 11. Februar) vom Schwurgericht in Stolp wegen Meineids zu zwölf Monaten Gefängnis unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt worden. Dem Verurteilten ist die Strafmilderung des § 157 des StGB. zugebilligt worden, weil er vielleicht angenommen hat, daß er sich durch ein Bekunden der Wahrheit in dem fraglichen früheren Prozeß einer strafbaren Handlung bezichtigen könnte. Zunächst einige Personalnotizen: Bauer ist am 16. August 1904 in Schönfelde, Kreis Allenstein (Ostpreußen), geboren; seine Eltern haben nur Polnisch gesprochen; er selbst hat erst in der Schule die deutsche Sprache erlernt. Im Jahre 1923 besuchte er das Lehrerseminar in Löbau (Pommerellen), wo er 1926 das Lehrerexamen bestand. Im gleichen Jahre erhielt er eine Lehrerstelle im Kreise Neustadt. Hier war er bis zum Jahre 1928 tätig, bis er zum Polnischen Schulverein nach Flatow berufen und kurze Zeit darauf in den ostpommerschen Kreis Bütow als Leiter des Polnischen Schulvereins für den Regierungsbezirk Köslin versetzt wurde. Auf Bauers Tätigkeit sind die polnischen Schulgründungen in Oslawdamerau, Platenheim, Gröbezin und Bernsdorf (sämtlich im Kreise Bütow) zurückzuführen. Auch in einigen anderen Dörfern, so in Przywors (Kreis Bütow) und Wierschutzin (Kreis Lauenburg) hat Bauer polnische Schulen zu gründen versucht. Er ist außerdem Sekretär des Bundes der Polen in Deutschland sowie Vorstandsmitglied und Mitbegründer der Polnischen Volksbank in Bernsdorf, hat für die polnisch-katholische Volkspartei bei den Kreistags- und Provinzial-Landtagswahlen kandidiert und ist schließlich auch Gründer und Leiter der polnischen Jugendvereine in Ostpommern. Das Schwurgericht setzte sich zusammen aus dem Landgerichtsdirektor Dr. Schroeder als Vorsitzendem, den Landgerichtsräten von Kleist und Belitz sowie den Geschworenen und den Protokollführern. Als Beobachter wohnte der Generalstaatsanwalt Mößler, Stettin, den Verhandlungen bei. Die Anklage wurde von Oberstaatsanwalt Capeller vertreten. Als Verteidiger standen dem Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Lewinski, Berlin, und Assessor Kroczek, Oppeln, zur Seite. Als Sachverständige wurden gehört Geheimrat Gürich vom Preußischen Kultusministerium, der Heimatschriftsteller Max Worgitzki, Allenstein, und der Generalsekretär des Verbandes der polnischen Schulvereine Baczewski, Berlin. Im ganzen waren fast 80 Zeugen geladen, unter denen folgende die wichtigsten Aussagen machten: Gemeindevorsteher Zimmermann, Oslawdamerau, Landjäger Musahl, Bernsdorf, Lehrer Weichselbaum, Stütznitz, Kriminalsekretär Scheffler, Bütow, sowie eine große Anzahl Bauern und Arbeiter.

Für den Polnischen Schulverein mag es sehr peinlich sein, daß sein prominenter Vertreter in Ostpommern wegen Meineids ins Gefängnis wandert. Das ist jedoch in dem Fall Bauer nicht das wichtigste. Viel beachtenswerter sind die Tatsachen, die in der Verhandlung durch die Zeugenaussagen sowie aus dem bei Bauer beschlagnahmten Material über die Arbeitsmethoden und die politischen Ziele der polnischen Organisationen bekanntgeworden sind. Das Urteil gegen Bauer ist in Wirklichkeit ein Urteil gegen die polnischen Minderheitschulen gewesen. Mit Recht ist das Gericht in seiner Urteilsbegründung den wiederholten Versuchen des Generalsekretärs Baczewski entgegengetreten, jede Verantwortung für das Verhalten Bauers vom Verband der polnischen Schulvereine abzuwälzen. Der Stolper Prozeß hat eine solche Fülle von Material über die irredentistische Arbeit polnischer Minderheitsorganisationen zutage gefördert, daß man wohl mit einer weiteren eingehenden Behandlung dieses Fragenkomplexes rechnen kann. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Mitteilung des Staatsanwalts, daß ein Hochverratsverfahren gegen Bauer schwebe.

Mit der Ankunft Jan Bauers in Ostpommern wurde das bis dahin bestehende friedliche Nebeneinander der deutschen und kaschubischen Bevölkerung gestört. Unruhe und Unfrieden sind die ersten Folgen der polnischen Agitation. Es kommt, namentlich nachdem die Polenbewegung in den Minderheitsschulen ihre örtlichen Agitationszentren erhalten hatte, zu offenen Feindseligkeiten. Die deutschen Bewohner der Dörfer, in denen sich die polnische Bewegung festgesetzt hat, werden von den polonisierten Elementen beschimpft und belästigt. Die Polonisierten verhöhnen die deutsche Nationalhymne durch verzerrten und lärmenden Gesang und haben z. B. einmal bei einer Sonnwendfeier den Gesang des Deutschlandliedes durch Johlen und Pfeifen gestört. Die deutschen Kinder werden von denen, die die Polenschule besuchen, in der unerhörtesten Weise beschimpft und verhöhnt, mit Steinen beworfen und selbst mit dem Messer bedroht. In Oslawdamerau z. B. ist es so weit gekommen, daß einzelne als aktiv deutsch bekannte Familien ihre Kinder nicht mehr allein auf die Straße lassen können, ohne für deren Leben und Gesundheit fürchten zu müssen. Die polnische Verhetzung hat es so weit gebracht, daß die alte Schul- und Spielkameradschaft, die früher unter den Kindern beider Volkstume bestanden hat, zerstört worden ist. Es ist so weit gekommen, daß sich die Polonisierten unter Anführung der Polenbundleute wie die Herren im Lande aufspielen und die deutschfeindliche Presse des Auslandes in Bewegung setzen, wenn ihre deutschen Haus- und Hofnachbarn sich gegen das herausfordernde Auftreten und das beleidigende Hervorkehren nationalpolnischer Tendenzen verwahren. Es ist so weit gekommen, daß ein deutscher Dorfbewohner einmal an den deutschen Gemeindevorsteher von Oslawdamerau, dessen Hilfe er gegen polnische Übergriffe in Anspruch nehmen mußte, die Frage richtete: „Sind wir denn überhaupt noch in Deutschland oder gehören wir schon zu Polen?“ So weit ist es gekommen, daß die Polonisierten auf Anleitung Jan Bauers in der Öffentlichkeit bei Veranstaltungen, auf der Straße und mitunter sogar in der Kirche die deutschfeindliche „Rota“ oder die sog. „Kaschuben-Hymne“ in der von den „polnischen Schwertern“ die Rede ist, „die über dem Genick der Germanen krachen“, singen.

Eine besondere Rolle spielt in der polnischen Agitation das kirchliche Moment. Die katholischen Deutschen werden, wenn sie die Kirche besuchen, mit gehässigen Zurufen empfangen, von ihren polonisierten Glaubensgenossen als Abtrünnige behandelt und aufgefordert, sich in die protestantische Kirche zu scheren. Die Verhetzung durch Jan Bauer und den verstorbenen Pfarrer Prondzinski in Bernsdorf hat in den Polonisierten bereits so tief Wurzel geschlagen, daß die Auffassung unter diesen allgemein ist, daß Gott nur die polnische Sprache verstehe, daß er nur die polnischen Gebete erhöre, daß nur ein Pole das Recht darauf habe, in den Himmel zu kommen, während der Deutsche in die Hölle verstoßen werde. Mit diesem alten Mittel: Polnisch gleich katholisch und deutsch gleich protestantisch, d. h. irrgläubig und heidnisch zu setzen, wird ein gut Teil der Agitation für die polnischen Minderheitsschulen unter der tiefreligiösen kaschubischen Bevölkerung bestritten, die früher sowohl mit ihren deutschen Glaubensgenossen wie mit ihren protestantisch-deutschen Volksgenossen in friedlicher, auf gegenseitiger Achtung beruhender Nachbarschaft gelebt haben.

Ein besonders bemerkenswertes Kapitel bildeten im Prozeß gegen Jan Bauer die *wirtschaftlichen und politischen Druckmittel*, die die polnischen Agenten anwenden, um die kaschubischen und deutsch-katholischen Eltern dazu zu veranlassen, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken. Der Angeklagte selbst, der diesen politischen Seelenkauf zunächst aufs entschiedenste in Abrede zu stellen versuchte, mußte schließlich zugeben, daß, wenn auch, wie er sagte, „nur in wenigen Fällen“ tatsächlich Unterstützungen des polnischen Schulvereins an Eltern gezahlt worden sind. Seinen einschränkenden Beteuerungen stehen aber die Aussagen von einer ganzen Reihe von Zeugen gegenüber, die bestätigten, daß den noch unschlüssigen Eltern für den Fall, daß sie ihre Kinder polnisch erziehen lassen, nicht nur billige Darlehen aus der polnischen Volksbank in Aussicht gestellt, sondern auch direkte Zuwendungen versprochen worden sind; so sagte ein kaschubischer Landwirt aus, Jan Bauer habe ihm 600 ℳ als „Prämie“ für seine Kinder geboten und ihm auf die Frage, woher er das Geld denn habe, geantwortet: „Das bezahlt der polnische Staat.“ „Es wird auf die Kaschuben ein großer Druck ausgeübt“, berichtete der Gemeindevorsteher von Oslawdamerau, „und Geld spielt dabei keine Rolle. Familien, die früher Kartoffeln und Hering kümmerlich aßen und kaum das Sattsein hatten, gehen jetzt auf den Kirchgang, als wenn man in Berlin auf der Tauentzienstraße ist. Früher trugen sie Holzkorkeln; jetzt gehen sie in Lackschuhen einher. Die Schulkinder bekommen Geschenke, möglichst Sachen, die schön glänzen und nach außen gut aussehen, wie Armbänder usw. Der Vorsitzende des polnischen Schulvorstandes, Franz von Cysewski (in Oslawdamerau), erhält z. B. 75 ℳ Wohnungsgeld für den polnischen Lehrer, 30 ℳ Feuerungsgeld, für Holzanfahren weit über 100 ℳ, seine Tochter gibt Handarbeitsstunden und erhält 25 ℳ usw.“ Und er sagte weiter, „daß man den Kaschuben ein Gut drüben in Polen versprochen habe, wenn sie sich hier an der Grenze gut bewährten!

Auch von der politischen, rein irredentistischen Propaganda der polnischen Agenten ist im Bauer-Prozeß manches ans Tageslicht gekommen. Wo Überredungskunst und Geld nichts vermögen, wird von den polnischen Agenten mit Repressalien gedroht, wenn das Land einmal zu Polen komme, was über kurz oder lang doch der Fall sein würde. So wurde Jan Bauer z. B. nachgewiesen, daß er bei einem polnischen Jugendfest in Oslawdamerau im Februar 1931 u. a. ausgeführt habe: Alle sollten fest zusammenhalten, denn sie stünden hier auf stark umkämpftem Boden, der schon viel polnisches Blut (!) gekostet habe; die richtige Grenze sei nicht hier, sondern reiche bis an die Oder, bis nach Stettin! Und ein anderer Agitator, der schon erwähnte, gut bezahlte Cysewski hat mehrfach geäußert, daß alle Deutschen gehängt würden, wenn erst die Polen kämen. Wie sehr die polnischen Agenten ihre Gefolgsleute in diesem großpolnischen

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland"

Herausgegeben von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke
Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 2 — Berlin, den 19. Februar — 1932

Zum Volkstrauertag.

Von **Adolf Stephan**, Berlin, Präsidialmitglied des Deutschen Ostbundes.

Im Jahre 1815 wurde von Preußen für den letzten Sonntag des Kirchenjahres ein Gottesdienst angeordnet, der neben den Siegesfeiern, die damals überall im Lande begangen wurden, dem Ernst der Zeit und der Größe der Opfer gerecht werden sollte. Er sollte dem Gedächtnis der in den Befreiungskriegen Gefallenen gewidmet sein. Dieser Gottesdienst entsprach dem Empfinden nicht nur der Trauernden, sondern des gesamten Volkes so sehr, daß man auch in der Zukunft nicht von ihm lassen wollte. So wurde in Preußen jedesmal der letzte Sonntag des Kirchenjahres dem Gedächtnis der Verstorbenen gewidmet. Auch andere deutsche Landesteile nahmen später diese schöne Sitte auf. Freilich trat im Laufe der Zeit die ursprüngliche Bedeutung dieses Tages immer mehr zurück. Der Totensonntag oder das Totenfest, wie man diesen Tag nennt, und wie wir ihn heute noch begehen, gilt nicht mehr dem Gedächtnis der gefallenen Helden allein, sondern den Verstorbenen überhaupt.

Wir empfinden wohl alle, daß das nicht genügt. Unsere Helden, die auf dem Felde der Ehre gefallen, für uns und für unsere Heimat gestorben sind, haben es wahrlich verdient, daß wir ihrer an einem besonderen Tage ganz besonders gedenken.

Dazu ist nun gesetzlich der Deutsche Volkstrauertag eingesetzt, den wir in diesen Tagen miteinander begehen wollen. An ihm gedenken wir der Toten des großen Weltkrieges. Wie einst eine Freude uns miteinander verband und ein Dank unsere Herzen aufglühen ließ, wenn Siegesnachrichten zu uns kamen — ach, wer denkt heut noch daran? —, wie wir jetzt eine große Schicksals- und Leidensgemeinschaft sind, Schulter an Schulter die riesengroße, harte Not tragend, die uns auferlegt ist, so soll unser ganzes Volk an diesem Tage eine Trauergemeinde sein, welche die Mahnung zu Herzen nimmt: „V e r g e ß t d i e t e u r e n T o t e n n i c h t."

Mancher wird mit Recht sagen: „Diese Gefahr besteht bei mir nicht." Bis zu meinem letzten Atemzuge werde ich ihrer gedenken. Denn ich vermisse sie auf Schritt und Tritt, und so oft ich sie vermisse, so oft gedenke ich ihrer, täglich, stündlich." Aber gibt es nicht auch andere, die immer wieder erinnert werden müssen? Macht es nicht, wenn wir das oberflächliche, vergnügungssüchtige, leichtfertige und leichtlebige Treiben weiter Kreise sehen, den Eindruck, als ob unser Volk alles vergessen hätte — das Große und Gewaltige, was es erleben mußte; das Traurige und Schwere, was es erfahren hat? Auch die teuren Menschen, die ihr Leben heldenmütig in die Schanze schlugen, um die Heimat zu schützen, die mit ihren Leibern einen lebendigen Wall aufwarfen, damit die Sturmflut des Krieges nicht unsere deutschen Gaue verwüstete? Darum müssen wir diesen Volkstrauertag begehen, um das schwache Gedächtnis vieler zu stärken, um die kalt gewordenen Herzen erneut mit Dankbarkeit zu erfüllen.

Man sage nicht: „Wir haben ja auf unserem Friedhof ein Denkmal für die Gefallenen und in unserer Kirche eine Heldengedächtnistafel, auf der ihre Namen stehen. Das ist nicht genug. In unseren Herzen sollen wir ihnen ein Denkmal errichten, in unseren Herzen soll ihr Gedächtnis fortleben, in Dank und Liebe.

Gewiß werden an diesem Tage alte Wunden wieder aufgerissen und altes Leid wieder lebendig werden. Welche Lücken hat der Tod unserer Tapferen in unseren ganzen Volkskörper gerissen, durch den Verlust Hunderttausender, die der gewaltigste und grausamste aller Kriege als Opfer gefordert hat! Wieviel herrliche Gaben, wieviel unersätliche Kräfte sind mit ihnen ins Grab gesunken! Wie viele von ihnen könnten wir jetzt in unserer geistig so armen Zeit so nötig brauchen. Sie fehlen uns an allen Ecken und Enden. Was haben die Ihrigen, ihre Eltern, ihre Kinder, ihre Familien mit ihnen verloren! Das bittere Wort klingt durch unsere Seelen: „O wie liegt so weit, o wie liegt so weit, was mein einst war!"

Rückwärts gehen unsere Gedanken. Du teure Mutter denkst an ein blühendes Leben, das du einst unter deinem Herzen trugst, und hast sein Leben fast bezahlen müssen mit deinem eigenen Leben; unvergeßlich bleibt dir die Stunde, da dein Kind dir zum erstenmal auf die Arme gelegt wurde und du es grüßtest wie einen Gruß Gottes aus der Ewigkeit.

Und weiter gehen unsere Gedanken durch die Zeit bis hin zu dem letzten frohen Gruß, der aus dem Felde in dein Herz kam, der wirklich l e t z t e Gruß!

Und, lieber Vater, du denkst an den Sohn, der dein ganzer Vaterstolz war und dessen ferneren Lebensweg du dir mit den glänzendsten Farben ausgemalt. Mit leuchtenden Augen ist der Junge in den Weltkrieg gezogen. Jetzt haben sich diese Augen für immer geschlossen. Die Zukunftshoffnung ist dahin, der Vaterstolz gebrochen, die Vatersorge war vergeblich.

Und du, deutsche Frau, denkst an den, der eures Hauses Haupt und deines Herzens Glück und deines Lebens Inhalt und deiner Kinder Vater war. Nun ist die Krone weggebrochen aus dem Lebensbaum, der Halt ist hin, das Glück vorüber. Um die Mutter im Witwenkleid scharten sich die unversorgten Kinder, die vielleicht erst jetzt zu verstehen beginnen, wieviel ihnen genommen wurde.

Überall Leid, wohin man sieht. Aber ist wirklich alles uns genommen, alles verloren? Von dem, was unser war, uns n i c h t s geblieben? Gibt es nicht so vieles, wofür wir die Gefallenen segnen, ihr Gedächtnis in Dank und Treue segnen müssen?

Die Liebe, die sie uns erwiesen, die Wohltaten, die sie uns gespendet, der Sonnenschein, den sie uns gegeben, und wär's auch nur ein einziger Freudentag der Vater- oder Mutterliebe, und eine einzige Stunde ungetrübten Glücks gewesen — ist es nicht ein Stück des eigenen Lebens geworden, das unentreißbar als ein Segenserbe und als heiliges Vermächtnis in uns bleibt?

Still und ernst wollen wir ihr Bild uns vor Augen halten und im Herzen bewahren. Ihre äußeren Züge haben sich mit den Jahren in unserem Gedächtnis vielleicht schon verwischt, um so deutlicher ist ihr Wesen vor unsere Seele getreten. Das, womit sie uns gekränkt und wehe getan, ist vergessen. Das Beste und Tiefste, was sie in sich trugen, ist uns geblieben.

> Was wir bergen in den Särgen, ist der Erde Kleid,
> was wir lieben ist geblieben, b l e i b t in Ewigkeit.

Ihr Gedächtnis bleibt und bleibt im Segen.

Aber damit nicht genug. Wir suchen unsere Gefallenen nicht in den Gräbern, nicht in Frankreich und Belgien, nicht in Rußland und Flandern oder sonst auf der Erde oder im Meer.

Es hat einmal einer gesagt: „Menschen, die man sterben sieht, sind Quartiermacher dort oben für das kämpfende Heer hier unten."

D o r t o b e n s u c h e n w i r s i e m i t d e n A u g e n d e s G l a u b e n s. Dort oben wissen wir sie geborgen in dem Arm der ewigen Liebe. Wir haben sie nicht verloren, wir haben sie nur vorausgeschickt.

Über kurz oder lang folgen wir ihnen nach, dorthin, wo es kein Abschiednehmen mehr gibt, wo Verlorenes und Vermißtes wiedergefunden wird, wo der Allvater Gott zerrissene Liebesbande von neuem knüpft und wir ihm danken werden o h n e Tränen.

Das rufen wir unseren Gefallenen zu als letztes Mahnen:

> Euer Herz ging da hinein,
> wo ihr ewig wünscht zu sein.

Treue der Ostmark!

Ich schließe in meine Gebete
Die alte Ostmark ein:
Es sollen die fernen Brüder
Uns unvergessen sein!
Wohl tragen auch wir unsre Bürde
Im Kampf um das tägliche Brot,
Doch dunkler ist ihre Zukunft
Und größer ihre Not!
Wir Kinder des deutschen Hauses
Und Brüder von gleichem Blut,
Wir haben das hohe Vorrecht,
Zu pflegen das völkische Gut.
Doch in dem verlorenen Osten,
Da lebt ein Geschlecht treu und hart,
Das kämpft um die Muttersprache,
Um Glauben und deutsche Art.
Es kämpft um die eigene Scholle,
Gepflügt vom Vater und Ahn',
Und fühlt es mit blutendem Herzen,
Wie deutsches Erbe vertan.
Das sollen wir wissen und glauben,
Wenn Sorge schwer auf uns liegt:
Es blieb uns der Reichtum der Liebe,
Ein Quell, der niemals versiegt.
Und Treue zu unsern Brüdern,
In Zeiten der Trübsal gesät,
Das gibt eine köstliche Ernte
Und Segen, der künftig besteht.

H e l e n e K l i c h e.

„Serr wennig Polen — serr wennig!"

Anekdoten aus der Abstimmungszeit von 1920.

Von **Paul Kluke, Königsberg (Pr.).**

Unter den Offizieren der Besatzungstruppen, mit denen die Entente 1919/20 das masurisch-ermländische Abstimmungsgebiet belegt hatte, befanden sich nach mehreren übereinstimmenden Zeugnissen auch manche einsichtige und gerecht denkende Leute. Offen gaben sie zum Ausdruck, daß ihnen ihre Aufgabe — sehr peinlich wäre, da sie sehen müßten, daß Masuren ja völlig deutsch sei. War da in dem Masurenstädtchen R. auch ein Besatzungsoffizier, der allen Honoratioren der Stadt, das heißt den Deutschen, höflichst seine Besuche machte. Danach erkundigte er sich nach den polnischen Familien der Stadt. Er wollte dort das gleiche tun. Peinliche Verlegenheit auf der einen, drängendes Verlangen auf der anderen Seite, das sich dann in erstaunte Enttäuschung verwandelt, als man dem Offizier der Wahrheit gemäß die Adresse eines Schusters und zweier Arbeiter als die polnischen Honoratioren der Stadt nennt. In der Antwort des Besatzungsoffiziers soll so etwas wie vom „Unsinn" der Abstimmung zu vernehmen gewesen sein.

*

Durch ihr taktloses Auftreten reizten die zahlreich im Lande herumreisenden polnischen Agenten und Agitatoren die masurische Bevölkerung auf das ärgste. Ohne vorher die Einwilligung der deutschen Regierung einzuholen, etabliert sich eines schönen Tages der edle Pole Zenon Lewandowski aus Warschau in Allenstein als Generalkonsul, bringt an seinem Haus das polnische Wappen an und steckt frisch-fröhlich seine polnische Fahne heraus. Sofort wurde von den Bürgern Allensteins dagegen Einspruch erhoben. In wenigen Stunden gelingt es, zweimal das Einholen der polnischen Flagge durchzusetzen. Was macht Herr Lewandowski? Da er die Einwilligung der deutschen Regierung nicht besitzt, holt er sich flugs von der Allensteiner Ententekommission die Anerkennung als polnischer Generalkonsul und damit die „Erlaubnis", seine polnische Flagge wieder herauszustecken.

Dies „Meisterstückchen" ging den Allensteinern über die Hutschnur. Bald hatte sich eine große Menge vor dem Hause versammelt. Einige Männer stiegen hinauf, warfen das Wappen herunter und entfernten die Fahne. Da Herr L. nicht das Exequatur der deutschen Regierung besaß, hätte er von der Ententekommission nicht zum Generalkonsul ernannt werden dürfen. Das war eine Rechtsverletzung, die sich die Masuren nicht gefallen ließen.

*

Sehr bald hatte sich im ostpreußischen Abstimmungsgebiet der Volksmund der Sachlage bemächtigt und seine Schnurren, Anekdoten, Glossen und Satiren darangehängt: Die Presse blieb nicht zurück, und bald wuchs sich der Zeitungskampf immer mehr zu einem Duell des Witzes und der Satire aus, worin u. a. besonders der verdienstvolle Max Worgitzki Köstliches geleistet hat. „Welches war die erste Aufgabe der interalliierten Kommission?" so fragt man sich, um darauf zu antworten: „Sie suchte das polnische Volk, fand es aber nicht!" Oder man sucht das Rätsel zu lösen, warum der polnische Adler weiß sei. Antwort: „Weil er bis auf die Haut gerupft ist!" Kaum einen der Agitatoren gab es, dem nicht bald ein bezeichnender anmutiger Spitzname zugelegt worden war. Meistens nannte man sie in masurischer Gutmütigkeit bei ihren lieblich klingenden polnischen Vornamen und setzte noch ein zärtliches „lieber" hinzu. Halt! Eine Ausnahme! Da ist der Polenagitator mit dem echt deutschen Namen Kunz. Herr Kunz gibt den „Weckruf" heraus, ein polnisches Blatt in deutscher Sprache, und da heißt man ihn nun den „Kunz vom Dr....", indem man eben in gefälliger Grobheit den ersten Buchstaben seines Zeitungstitels unterdrückt. Man sieht, die Masuren waren derb, aber schließlich nicht bösartig.

*

Merkwürdiges Pech hatte die interalliierte Kommission mit ihrem „Amtsblatt". Das muß nun natürlich, da Polnisch und Deutsch gleichberechtigt sind, zweisprachig erscheinen. Schön! Sofort aber beklagen sich die Masuren, weil sie das Amtsblatt zwar lesen können, aber nicht verstehen. Es ist nämlich Warschauer Hochpolnisch, das ganz was anderes als das Masurische ist. Ein Ermländer beschwert sich darüber, daß er das Blatt überhaupt nicht lesen könne. Es ist nämlich mit gotisch-masurischen Lettern gedruckt. Und der Nationalpole, der das Warschauer Hochpolnisch spricht, wiederum kann die Schrift nicht lesen, da ihm nur die lateinischen Buchstaben bekannt sind. Also: Der Masure kann es lesen, versteht es aber nicht. Der Ermländer kann es weder lesen noch verstehen, und der Nationalpole würde es wohl verstehen, wenn er es nur lsen könnte. Und das Endergebnis: Keiner versteht's!! Ein Glück nur, daß auf der linken Seite der — deutsche Text steht, den alle verstehen! Sonst wäre von der Hohen Kommission alles in den Wind gesprochen gewesen!

*

„... Die Abstimmung feierlich und ernst. Die Gesichter der Wahlkommission wie aus Stein gemeißelt", so berichtet ein Feldzugs- und Abstimmungsteilnehmer aus seinem masurischen Heimatdorf. „... Vor dem Wahllokal sammelt sich gegen Abend die ganze Dorfgemeinde und wartet auf das Ergebnis. Alles fieberhaft gespannt... Mit fester Stimme verließt der Vorsitzende einen Zettel nach dem anderen: Ostpreußen! Ostpreußen! Ostpreußen...! Die Menge verhält sich still, als wenn sie selbst das Atmen eingestellt hätte. Endlich das letzte Wort: Ostpreußen! Die Beklemmung löst sich... ein donnerndes Hurra erschallt, dessen Echo die Nacht weithin durchbricht: „Deutschland, Deutschland über alles...!" Um 22 Uhr werden Ergebnisse von anderen Ortschaften gemeldet. Alles deutsch! Da — von einer Gemeinde wird eine Stimme für Polen gemeldet! Ach, dort war ja auch das bekannte polnische Agentennest von sechs Personen... Wie — eine Stimme für Polen! Und die anderen fünf?? Die Spannung löst sich bald! Doch ob auch diese fünf Agenten selbst für Deutschland gestimmt hatten, die Erbitterung auf den sechsten war dennoch groß!

*

Diese Anekdote, die einer gewissen Tragikomik nicht entbehrt, wurde schon einmal gelegentlich der Völkerbunddebatte über den polnisch-litauischen Konflikt vor nur fünf Jahren vom „Oeuvre" in Erinnerung gebracht und beweist schlagend, wie wenig Sachkenntnis die leitenden Staatsmänner der Entente besaßen, als sie das Urteil über die Grenzen unserer Ostmark fällten. Es war in den Tagen der Friedensverhandlungen von Versailles. Lloyd George und Clemenceau waren eifrig um die Grenzfestsetzungen im Osten bemüht, und über die große Karte von Osteuropa gebeugt suchten sie die Weichsel (französisch: Vistule). Allerdings vergeblich!! Schließlich wird Clemenceau ungeduldig und ruft in seinem Zorn: „Unglaublich, ungeheuerlich, sie haben vergessen auf dieser Karte die Vistule einzutragen!" Man ließ einen Spezialisten des geographischen Dienstes des Quai d'Orsay kommen: „Was ist das mit dieser elenden Karte?" schreit Clemenceau diesen an, „auf ihr ist ja nicht einmal die Vistule eingetragen!" Der Beamte entschuldigt sich schüchtern, daß die Karte sogar sehr gut sei. Es sei eine deutsche Generalstabskarte. Allerdings dürfe man darauf die Weichsel nicht unter dem Namen Vistule suchen. Die Themse habe ja im Englischen auch einen anderen Namen als im Französischen. „Sie reden viel zu viel", schloß der grimmige „Tiger" die Debatte.

*

Die arroganten Polenagitatoren der Abstimmungszeit erfreuten sich auch bei den Besatzungstruppen keiner besonderen Beliebtheit. Als Gegenmittel wandten sie deshalb die Taktik des dickköpfigen Widerstandes gegen die Maßnahmen der Interalliierten Kommission an, besonders im Marienburger Bezirk, weil dort die Amtssprache Deutsch geblieben war. Recht bald wurde ihnen eine deutliche unverblümte Lektion zuteil, den „armen, unterdrückten Polen" gegeben durch ein an Deutlichkeit nichts missen lassendes Schreiben der „Commission Interalliée de Marienwerder" an den hochedlen Grafen Donimierski in Buchwalde. Es lautet: „Haben Ihr Gesuch vom 3. März 1920 in polnischer Schrift geschrieben erhalten und teilen Ihnen mit, daß wir dasselbe nicht übersetzen können. Vielleicht teilen Sie uns den Inhalt in deutscher Sprache mit. (gez.) Bottinelli." Diese Antwort haben sich die Polen sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt, und die künstliche Entrüstung, die das Hetzblatt des Polenagitators mit dem deutschen Namen Kunz, der famose „Weckruf im Osten", hierüber vom Stapel ließ, war in der Tat bezeichnend und bekräftigte den allgemeinen Eindruck, daß der „Hieb gesessen"!

*

In Marienwerder wimmelte eine Unzahl von polnischen Agitatoren umher, die sich in die Gaststätten und Hotels drängten, in denen auch die Ententeoffiziere verkehrten. Dann debattierten sie auf das heftigste — natürlich polnisch — und versuchten den Alliierten Sand in die Augen zu streuen, vermeinend, jene würden so dumm sein und hieraus den Eindruck gewinnen, daß die Mehrzahl der Bevölkerung aus Polen bestehe. Alle polnischen Lügen aber haben kurze Beine, und so sind dann die Besatzungstruppen, besonders die Italiener, bald hinter diesen Trick gekommen. Sie hatten sich seinerzeit sechs Dolmetscher (!) mitgebracht, die die polnische Sprache beherrschten. Die stellten sich aber gar bald als überflüssig heraus! Und ein italienischer Offizier gab solchem Zustande mit diesen offenen Worten Ausdruck: „Ich verstehe gar nicht, wie die hiesigen Deutschen an ihrem Deutschbleiben zweifeln können. Es ist ja alles deutsch hier!"

*

Die Polen haben großspurig einen „Landtag des ermländischen Volkes" (!) einberufen und abgehalten. Die deutsche Presse des Abstimmungsgebietes bringt ihren Lesern pflichtschuldigst einen Bericht darüber: „Wir bringen unsern Lesern diesmal etwas „neues"", diktiert der verantwortliche Redakteur in die Maschine. „... Die Polen haben, wie bekannt, am 24. Februar (also 1920) einen Landtag des ermländischen (!) Volkes abgehalten — abgehalten."

Ja, nun ist seine Schriftstellerkunst zu Ende. Man muß bei diesem „Landtag" eben dabeigewesen sein, um zu wissen, daß ein zunftgemäßer Bericht darüber gar keine Kleinigkeit ist. Das gesamte Redaktionskollegium hat sich mittlerweile um den ungeborenen Bericht versammelt. „... Und als wir den Bericht endlich fertig hatten," berichtet Dr. Erich Klein, „ja, da gerieten wir in neue Verlegenheit! An welche Stelle unseres Blattes sollten wir ihn setzen? Als Leitartikel? Das ging doch nicht! Als Feuilleton? Auch nicht! In die „Offene Halle"? Da paßt er erst recht nicht hinein. Also mußten wir uns entschließen,

eine Rubrik extra (!) dafür einzurichten und haben uns daher eine — „Humoristische Ecke" zugelegt. Da paßt der Bericht nun ganz vorzüglich hinein!"

*

Da blasen in einem masurischen Dorf tatendurstige Polenagitatoren die Einwohnerschaft zusammen, um einen polnischen „Landwirtschaftlichen Verein" zu gründen. Nun gut! Und als man sich am Ende den Schaden besieht, da ist allerdings ein landwirtschaftlicher Verein daraus entstanden, aber — o Schmach für die eifrigen Einberufer: keines der neuen Vereinsmitglieder versteht auch nur ein Wort Polnisch! Alles deutet für die Einberufer darauf hin, daß man „die Geister, die man rief, nun nicht los wird", und plötzlich sind sie verschwunden! Nach einigem Suchen findet man die wackeren Polenagenten, die den „Verein" so lebhaft zu begründen begannen, als Versprengte auf — dem Heuboden! Sie hatten die „Stimmung" richtig erkannt und sich „siegreich zurückgezogen".

*

Als auf der ersten „Polen"versammlung in Prawdzisken, Kreis Lyck, die polnischen Überredungskünste und Versprechungen bei den Masuren nicht verschlugen und keinen Erfolg einbrachten, kam noch ganz zum Schluß der Kaplan Rogaszewski mit einem Trick heraus, der auf den Geldbeutel, eine im allgemeinen „sehr verwundbare Stelle", berechnet war. Er suchte den Versammelten einen Köder vorzuwerfen, indem er mitteilte, daß er eine schriftliche Eingabe nach Allenstein gerichtet habe, um einen — Grenzübergang bei der Ortschaft Gingen herbeizuführen. Dann könnten die beiden Ortschaften Gingen und Prawdzisken billiges Holz von den Polen erhalten (80 M für 1 Kubikmeter am 7. März 1920). Auch diese Lockung schlug fehl. „Wir haben dich so lange nicht gehabt, wir brauchen dich auch jetzt nicht! Du willst bloß, daß wir unser Geld nach Polen bringen sollen!" Damit wurde der Herr Kaplan nach Hause geschickt!

*

Im März des Jahres 1920 streikten die Arbeiter des Rittergutes Rynneck bei Löbau, weil ihnen eine tägliche Teuerungszulage von 1 M verweigert wurde. Auf telephonischen Anruf des Besitzers bei dem Starosten in Löbau, Dr. Rzepnikowski, schickte dieser als „Schlichter" seinen Untersuchungsrichter, einen bisherigen Referendar v. Kurzetkowski, zugleich mit einem — Trupp Kavallerie! Der famose Herr Untersuchungsrichter versammelt die Arbeiter um sich und fragt sie kurzerhand, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Diese lehnen das Ersuchen bei Nichtbewilligung der Teuerungszulage ab. Daraufhin befiehlt der „Schlichter" seine Soldaten herbei und läßt den streikenden Arbeitern Mann für Mann 20 Hiebe verabfolgen. Dann fragt er sie höhnisch, ob sie nun die Arbeit wieder aufnehmen wollen... Polnische Sozialpolitik von 1920!

*

Wahrhaftig! Der Vorsitzende der Kommission, der Engländer Rennie, hatte ganz recht: „Serr wennig Polen, serr wennig — fast gar nicht!" Er hat damit der ganzen Abstimmungszeit das „geflügelte Wort" gegeben — reif für den Büchmann — und vor der Geschichte und aller Welt den deutschen Charakter Masurens unwiderleglich bezeugt.

Eine hygienische Musteranstalt an der Ostgrenze.

Es wird weiten Kreisen unbekannt sein, daß unsere bedrohte Restprovinz Grenzmark Posen-Westpreußen in der ehemaligen posenschen Provinzial-Irrenanstalt Obrawalde, die zu Meseritz gehört, ein hygienisches Zentralinstitut besitzt, das schlechthin musterhaft ist. In der ehemaligen Irrenanstalt, die über eine ganze Reihe von schönen Gebäuden verfügt und mit 1500 Einwohnern eine kleine Stadt für sich darstellt, sind eine ganze Anzahl von Wohlfahrtsanstalten der Provinz untergebracht. Obrawalde ist die einzige Provinzialanstalt von 33 Anstalten der Provinz Posen, die Deutschland verblieben ist. Es ist mehr als Mustergültiges hier geleistet worden. Wenige Kilometer von der Grenze, die man die blutende Grenze nennt, steht ein Institut, das der beste Beweis für deutsche kulturelle Tätigkeit im Osten ist.

Außer der psychiatrischen Abteilung (seit 1904), gibt es in Meseritz-Obrawalde das Provinzial-Altersheim (seit 1921), die Provinzial-Entbindungsanstalt (1923), die Provinzial-Frauenklinik (seit 1925), die Provinzial-Lungenheilstätte (seit 1921), das Provinzial-Säuglingsheim (seit 1923) mit staatlich anerkannter Säuglingspflegeschule (seit 1926), die Provinzial-Kinderheilstätte (seit 1923) und die Provinzial-Nervenheilstätte (seit 1929). Leiter der gesamten Anstalten ist Medizinalrat Dr. Steinebach. In allen Anstalten sind tüchtige Fachärzte angestellt. Es sind vorhanden: zwei Fachärzte für Kinderheilkunde, ein Facharzt für Lungenkrankheiten, ein Facharzt für Frauenkrankheiten, drei Fachärzte für Psychiatrie, ein Facharzt für das Lichtinstitut und ein Landeskrüppelarzt. Weiter sind wohlausgebildete Schwestern, Pfleger und Pflegerinnen tätig.

Als besonderer Vorteil hat sich die Zusammenballung der verschiedensten Wohlfahrtsanstalten an einer Stelle erwiesen. Die fachärztliche Betreuung aller Patienten kann dadurch naturgemäß viel intensiver durchgeführt werden. Nicht minder groß ist auch der wirtschaftliche Vorteil. Abgesehen von nur einer gemeinsamen Oberleitung ist auch nur eine gemeinsame Heizungsanlage und Zentralküche erforderlich.

In der psychiatrischen Abteilung ist durch die neuartige Behandlungsweise (Simonsche aktive Therapie) nach dem Kriege die Zahl derjenigen, die als geheilt oder gebessert entlassen wurden, erheblich gestiegen. Die Geisteskranken werden in Obrawalde nicht als Ausgestoßene der Menschheit behandelt, sondern als Kranke, die man in liebevollster Weise betreut. Durch Beschäftigung und mannigfachste Unterhaltung wird vor allem für Ablenkung gesorgt und dadurch Wahnvorstellungen entgegengetreten. Das Licht- und Strahleninstitut ist in moderner Weise zu einem klinischen Betrieb ausgebaut worden. Zugleich dient die Röntgenabteilung auch wissenschaftlichen Zwecken. Auch alle anderen Abteilungen der provinziellen Wohlfahrtsanstalten sind nach den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft ausgebaut und in vorzüglicher Weise ausgestattet worden. (Radioanlagen, Blumenschmuck usw.) In besonderem Maße wird in der Provinzial-Kinderheilstätte Obrawalde die Jugendwohlfahrt und Gesundheitsfürsorge der Säuglinge, Kleinkinder, Schulkinder und Jugendlichen gepflegt. Der Kinderheilstätte sind als Sieb die beiden Beobachtungsheime in Rokitten vorgelagert. Sie dienen zur Unterbringung von Jugendlichen, für die eine vorübergehende fachärztliche und pädagogische Beobachtung notwendig erscheint. Die auch als reichswichtige Kinderheilanstalt anerkannte Provinzial-Kinderheilstätte Obrawalde nimmt im Laufe eines Jahres mehrere hundert Kinder auf. Durch die eingehende fachärztliche und pädagogische Betreuung wird hier bestens die Zweifelsfrage „Wie ist die geistige und gesundheitliche Entwicklung eines Kindes" beantwortet. Das Provinzialgut Obrawalde versorgt die Anstalten größtenteils selbst mit den erforderlichen Lebensmitteln. Mögen die gesamten sozialen Heilstätten in Meseritz-Obrawalde stets weiter zum Segen der bedrohten Grenzmark wirken.

Eine Erinnerung an den alten Kapteihn.

Fritz Reuters Winterfahrt durch Westpreußen. (über die Weichsel nach Graudenz.)

So kemen wi denn nah twei Dag un twei Nacht gegen Graudenz 'ranne äwer tüschen uns un unse nige Festung gung ein groten Strom, un de höll nich un brök nich un was up de beiden Siden all updäut, blöt in de Midd stun dat Is noch; dor füllen wi 'räwer. — „Vatter Res", säd ik, „in de Gefohr gew ik mi nich; de preußische Staat kann von mi as Utlänner nich verlangen, dat ik en groten Heldenmaud umwen'n, blot üm en por Dag' ihre wedder up ein' von sine Festungen tau kamen; mit den Kapteihn is dat anners, hei is en Landskind, un hei will jo abslut ok 'räwer. Ik will Sei en Vörslag maken, gahn Sei mit den Kapteihn äwer dat Is, ik will mit Prützen hir up dese Sid in den Gasthof so lang liggen bliwen, bet das Water frir is."

So uneben was min Vörslag grad' nich, un Prütz hadd ok Lust dortau, um wer weit, wat ik dormit nich dörchkamen wir, hadd ik mi Vatter Resen för den Gasthof wählt; denn hei stunn dor un kratzte sik den Kopp un säd, slimm wir 't, un hei hadd ok von lütt up en groten Gurgel vört't Water hatt, äwer wat sin müßt, müßt sin, un 'räwer müßt wi. Un so hülp dat denn nich; as sei all gegen mir wiren, müßt ik mit un müßt min jung Lewen wagen, as en Stint, un de Fohrt gung los.

Des Morgens gegen Klock chaten würden wi mit de beiden Schandoren un uns' Saken in 'ne Boot laden, un söß Schappelzen, in de söß Pollacken seten, flötterten uns dörch dat frie Water, wat 'ne viertel Mil lang de Wischen äwerswemmt hadd, bet an dat Is 'ranne. Dor müßt wi utstigen, de beiden Schandoren nemen ehr Gewehr in den Arm, de Kapteihn namm dat Vagelburken, un ik uns' Pipengedriw, un so gung 't ümmer bet an de Enkel in't Water 'räwer awer dat Is, un von haben fuchte uns uns' Herrgott mit en sachten Fisselregen an; de söß Schappelzen gungen in de Folg' und trekten uns' Saken up en Sleden nah. — De Uptog was nich slicht, äwer dor fehlte kein Timmermannshor an, denn wir de ganze Uptog mit Schandoren und Vagelburken un all de schönen Pipen för ümmer fläuten gahn, un nicks wir äwrig blewen, wat dorvon Nahricht gewen kunn, as möglicherwis' de söß Schappelzen.

Wie müggten woll dreiviertel 'räwer sin, as up Jensid en Raupen würd un en Winken mit Däuker un Dinger un as wi uns doräwer verstutzen deden, dunn segen wi denn ok, dat wi up den besten Weg wiren, in dat blanke Water rinne tau lopen; denn wer Deuwel kann dor nipp seihn, wenn einer dörch fauthoges Water waden mör, un de Regen einen in't Gesicht sleiht. Vatter Res' kommandierte denn ok glik: „Kehrt!" un nah 'ne Wil kemen wi denn ok mit nauer Not tüschen de velen Löcker dörch, de sik de Strom Bred' laggt hadden, un von dor up 'ne Ort Lopplank', de bet an't Aeuwer upricht' was.

Dormit was denn nu dese ekliche Geschicht verwunnen äwer nu füll ein' kamen, de was noch en ganz Deil eklicher un dat was en pohlsches Wirtshus.

Wi müßten in dat Fährhus 'rinne. Dor hadd nu de ganze Nacht de Tranlamp brennt, un in den dicken Dunst streden sik nu Hiring, ollen Kes' un Fuselbramwin, wer am düllsten stinken wull; middwarts von de Stuw stunn en Aben, mit gräune Kacheln, so grot as bi uns en Backaben, un üm em 'rümmer lep 'ne Bänk, dor legen drei Bootsknecht up un slepen as de Rotten, un baben up den Aben legen säben Schappelzen tau'm Drögen.

As wi de Dör upmakten stunn uns de Aten stell, un wi zupften beid' taurügg; äwer Vatter Resen sin Näs' was all in de verschiedentlichen Wachtstuwen up so wat inäuwt, hei meinte, wenn 't ok grad' nich nah Mäsch rüken ded, denn wir 't doch warm, un' wir ok dröger as buten in'n Regen. Dat hülp also nich, wi müßten dor mit herin un süllen dor nu lang sitten, bet Prütz en Wagen besorgt hadd. — Dat wohrte äwer nich lang, dunn kihrte sik bi mi in'n Liw allens um dümm, ik müßt herute, un de Kapteihn kamm mi nah, un ok de oll Herr müßt uns folgen. Aewer, wir dat nu, dat hei sik tau gaude Letzt noch en beten in de Bost smiten wull oder frür em würklich so, kortüm, hei verlangte von uns, wi süllen uns wedder, stats mit frische Luft, mit Kes' und Hiring und Tran begnäugen. Tauletzt un tauletzt, nah velen Prekademen gaww hei nah, dat wi up de Del' bestahn blewen, bet Prütz kamm.

Da, de kamm jo nu denn ok, wi set'ten uns up den Wagen un führten up de Festung.

(Fritz Reuter, Olle Kamellen II, Ut mine Festungstid, Kap. 13.)

Ostmärkisches Allerlei.

Das Salzburger Patent.

Der 2. Februar bedeutet in der Kolonisationsgeschichte Ostpreußens einen Markstein hervorragender Ordnung. An diesem Tage erließ vor 200 Jahren König Friedrich Wilhelm I., der bekannte Soldatenkönig, das Salzburger Patent, worin den aus ihrer Heimat wegen ihres Glaubens vertriebenen Salzburgern Aufnahme und Ansiedlung auf preußischem Gebiet zugesagt wurden. Schon der Große Kurfürst hatte im Jahre 1685, als die ersten Austreibungen erfolgten, sich aufs wärmste der damals Vertriebenen angenommen. Doch ungleich weitgreifender waren die Maßnahmen, die sein Enkel auf dem Hohenzollernthron kaum 50 Jahre später zugunsten der Salzburger Emigranten im Jahre 1732 traf. Schon 1731 hatte sich Friedrich Wilhelm den Deputierten aus Salzburg gegenüber erboten, „sollten es auch nur zehn Familien sein", dieselben bei sich aufzunehmen; „wären es aber auch tausend, so wolle er dieselben dennoch insgesamt gerne aufnehmen". Und als wirklich Tausende von Familien Salzburg verließen, da hielt der Hohenzoller sein königliches Wort und erklärte, daß seine Heimat auch die ihrige sein sollte. Das Patent beginnt mit den denkwürdigen Worten: „Wir König Friedrich Wilhelm . . . thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir aus Christlich-königlichem Erbarmen und herzlichem Mitleiden gegen Unsere in dem Ertz-Bischoffthum Salzburg auf das heftigste bedrängte und verfolgte Evangelische Glaubens-Verwandte, da dieselben bloß und allein um ihres Glaubens willen, und weilen Sie demselben wider besser Wissen und Gewissen abzusagen sich nicht entschließen können noch wollen, ihr Vaterland zu verlassen gezwungen worden, ihnen die hülfreiche und mildreiche Hand zu bieten und zu solchem Ende dieselben in Unsere Lande aufzunehmen und in gewissen Aemtern Unseres Königreiches Preußen unterzubringen und zu versorgen Uns resolviret haben." Der König verfügte ferner, daß „für einen Mann täglich hiesigen Geldes vier Groschen, für eine Frau oder Magd drei Groschen und für ein Kind zwei Groschen gereicht werden sollen . . . und ihnen auch bei ihrer Etablirung in Preußen alle diejenigen Freiheiten, Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten, welche andern Colonisten daselbst competiren und zustehen, ebenfalls zu gute kommen sollen". Ungeheuer groß war der Jubel bei den Emigranten, als das Patent bekannt wurde. Freudig ergriffen sie die dargebotene Hand. Man hatte in Berlin sich auf 5—6000 Kolonisten gefaßt gemacht. Im ganzen aber wurden rund 20 000 Salzburger von dem Kommissar Göbel nach Preußen geschafft. Von ihnen fanden etwa 15 000 eine neue Heimat auf ostpreußischem Boden.

Polnischer Undank.

Anläßlich der 100-Jahres-Feier der Taubstummenanstalt in Posen ist im „Kurjer Pozn." vom 26. 1. 1932 (Nr. 40) ein Artikel erschienen, in dem über den Stadt- und Schulrat Josef Radomski, den einstigen langjährigen Direktor der Taubstummenanstalt, der, wie wir seinerzeit im „Ostland" ausführlich berichteten, 82jährig am 25. 11. 1929 gestorben ist, in überaus gehässiger Weise gesprochen wird. Er wird Renegat genannt und beschuldigt, daß er binnen 10 Jahren die Anstalt vollständig germanisiert habe. Das polnische taubstumme Kind sei also von Anfang an nur in der deutschen Sprache unterrichtet worden, so daß es, wenn es in den Ferien nach Hause kam, sich mit den Eltern, die ja nicht Deutsch verstanden, gar nicht verständigen konnte. „Dieses perfide System sprach nicht nur allen pädagogischen Geboten hohn, sondern auch jeglicher Moral und konnte nur in den Köpfen eines Posadowsky, Krüger, Radomski u. ä. entstehen." Der Verfasser dieses Artikels will seine Vorwürfe den Akten über die Posener Taubstummenanstalt entnommen haben. Es bedürfte natürlich einer Nachprüfung des betreffenden Materials, um zu sehen, wieweit sich seine Behauptungen aktenmäßig festlegen lassen. Aber Akten bringen natürlich nicht alles. „So weiß ich aus zuverlässiger Quelle," schreibt Domherr Dr. Steuer im „Posener Tageblatt" hierzu, „daß R. zwar mit der Weisung nach Posen gekommen ist, die deutsche Sprache als alleinige Unterrichtssprache durchzusetzen. Aber als er sich mit den hiesigen Verhältnissen vertraut gemacht hatte, ist er eigens nach Berlin gefahren, um eine Milderung der erwähnten Anordnung zu erhalten. In der Tat gelang es ihm auch, seine vorgesetzte Behörde nach seinem Wunsche umzustimmen. Es will einem darum schwer in den Sinn, daß R. darauf ausgegangen sein soll, die polnische Sprache vollständig aus der Anstalt zu verbannen. Im Gegenteil! Wer Gelegenheit gehabt hat, diesen für das Wohl und Wehe seiner Taubstummen so besorgten und begeisterten Pädagogen bei seinen deutschen und polnischen Lehrproben, wie er sie den Klerikern des Priesterseminars Jahr für Jahr gab, zu beobachten, kann unmöglich glauben, daß R. diese ihm zugeschriebene Absicht gehabt habe. Wenn weiter zu seiner Zeit die Hauptsprache der Lehranstalt die deutsche war, so war das durchaus keine „Unmenschlichkeit", sondern vielmehr ein Rechnen mit den damaligen Verhältnissen, die einem bloß polnisch sprechenden Taubstummen einen nur kleinen Tätigkeitskreis eröffnet hätten. Auch war dem so geschulten Kinde eine Verständigung mit seinen Eltern durchaus nicht genommen; denn abgesehen davon, daß doch nicht alle Eltern nur Polnisch verstanden, blieb noch die Gebärdensprache übrig, deren sich ja beide Teile schon vor der Einschulung in die Anstalt bedient hatten. Doch nehmen wir einmal an, der polnische Schreiber hätte recht mit der angeblichen negativen Tätigkeit Radomskis für die polnische Sprache, hätte es dann nicht die Gerechtigkeit erfordert, daß er auch die unbestreitbaren großen Verdienste Radomskis um die Taubstummenanstalt erwähnt hätte? Aber dann hätte er ja sagen müssen, daß die Posener Taubstummenanstalt, so wie sie jetzt dasteht, im ureigentlichen Sinne ein Werk dieses greisen Pädagogen ist! Wann wird man endlich lernen, nicht bloß national, sondern auch christlich zu denken?"

Goethe-Feiern der Deutschen in den abgetretenen Ostgebieten.

Der Führer der deutschen Minderheit in den abgetretenen Ostgebieten, Landrat a. D. Eugen Naumann, hat zum Goethe-Jahr folgenden Aufruf erlassen: „Überall, wo deutsche Volksgenossen in der Welt wohnen, rüstet man zur Feier des 100jährigen Todestages Goethes. Auch das Deutschtum in Polen wird mit dem gesamten Deutschtum in der Welt diesen Tag in Stadt und Land würdig begehen. Es soll sich an diesem Tage wieder einmal bewußt werden, daß das deutsche Volk durch die größten Leistungen seiner Besten der Welt die höchsten und edelsten Güter geschenkt hat. Es soll erleben, daß es trotz aller Zerstreuung und Vereinsamung inmitten fremdsprachiger Umgebung mit dem ganzen deutschen Volke eine Einheit bildet. Darum erscheint es dem Ausschuß für die Goethe-Feiern in unserem Gebiet erstrebenswert, daß überall in Dorf und Stadt, wo Deutsche wohnen, eine würdige Goethe-Feier, nach Möglichkeit am 22. März selbst, stattfindet. Wir bitten um die Wahl dieses Tages, damit wir bei der Feier von dem Gefühl getragen werden, gemeinsam mit unserem ganzen Volke von dem gleichen Erleben zur gleichen Stunde erfaßt zu sein. Wir wollen uns vereinigen in dem Erlebnis, daß wir alle, Eltern und Kinder, Landleute und Städter, Kopf- und Handarbeiter, Besitzer und Angestellte, gerade in schwerer Zeit eins sind und dieser Einheit stolz sein dürfen als Glieder eines Volkes, das einen Goethe zu seinen Söhnen zählt."

Der Hartkopf.

„Nicht aus dem Fenster lehnen!" sagt der Schaffner zu dem jungen Mann. Aber der erwidert patzig: „Das geht Sie gar nichts an. Ich kann mich aus dem Fenster lehnen, soviel es mir Spaß macht." — „Natürlich", sagt der Schaffner. „Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie für jede Beschädigung an Brücken, Tunnels und vorbeifahrenden Zügen haftbar sind, wenn Sie sich zu weit hinauslehnen."

Silbenrätsel.

a — an — berg — berg — den — der — ei — el — en — er — er
fel — hab — ir — le — li — lil — lith — na — nan — no — mik
me — sen — steb — ta — ta — ton — tysch — un.

Man bilde 13 Wörter, deren Anfangs- und Endbuchstaben hintereinander von oben nach unten gelesen einen Ausspruch Franz Lüdtkes ergeben.

1. Weiblicher Vorname, 2. Name eines Eskimos, 3. männlicher Vorname, 4. nordischer Forscher, 5. Fluß in Sibirien, 6. Berg in Südafrika, 7. berühmter kleiner Kreuzer, 8. Magenschnaps, 9. weiblicher Vorname, 10. Verzierung aus der griechischen Baukunst, 11. Ersatz für Hartgummi, 12. jüdischer König, 13. Armknochen. (ch = ein Buchstabe.)

Auflösung des Silbenrätsels aus Nr. 1.

Lösung: Crone an der Brahe. 1. Cromvell, 2. Regensburg, 3. Ober, 4. Notar, 5. Emilie, 6. Argenau, 7. Nakel, 8. Dackel, 9. Esau, 10. Rigoletto, 11. Bromberg, 12. Rose, 13. Athen, 14. Himalaja, 15. Eduard.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf C 1 Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Sinne zu erziehen verstehen, geht daraus hervor, daß die Polonisierten von Oslawdamerau bei einem Auflauf dem deutschen Gemeindevorsteher drohend zugerufen haben: „Wir wollen polnische Polizei haben“, und daß man in diesen Kreisen immer wieder auf die drohende Äußerung stößt: „Es wird ja nicht mehr lange dauern, dann marschieren die polnischen Retter (!) ein, und dann werdet ihr Deutschen an den Bäumen hängen.“

Diese unverhüllte staatsfeindliche Gesinnung wird systematisch großgezogen durch die militärische Ausbildung der polonisierten Jugend aus dem deutschen Grenzgebiet in Polen! Die Verteidigung im Bauer-Prozeß hat sich vergebens bemüht, eine Aufklärung dieser sonderbaren Tatsache zu hintertreiben. Es wurde festgestellt, daß nahezu sämtliche Mitglieder der polnischen Jugendvereine, die im Volksmund als „polnischer Jungsturm“ bezeichnet werden, nach Polen gebracht werden, um dort von aktiven Offizieren, Unteroffizieren oder Mannschaften der polnischen Armee militärisch ausgebildet zu werden. Angeblich soll es sich dabei um „Sportkurse“ handeln. Das sind aber merkwürdige „Sportübungen“, die rund fünf Monate dauern, von Offizieren in Uniform geleitet werden und sich auch auf die Ausbildung an Schießwaffen erstrecken! Die meisten hierüber vernommenen Zeugen konnten zwar nicht bestreiten, daß sie in Sammeltransporten, z. B. in die polnische „Volkshochschule“ in Dalki bei Gnesen, gebracht worden sind; ihr Gedächtnis „versagte“ aber merkwürdigerweise, wenn sie Auskunft darüber geben sollten, ob, mit was und auf welche Ziele sie dort geschossen hatten. Ein Prominenter des polnischen Schulvereins im Bütower Kreise, Styp von Rekowski, verweigerte auf die Frage, ob er gleichfalls einen Kursus in Polen mitgemacht habe, die Aussage, um sich, wie er sagte, nicht der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung — vielleicht wegen Hochverrats? — auszusetzen. Unter dem bei Bauer beschlagnahmten Material hat sich jedoch ein Schreiben dieses deutschen Staatsbürgers befunden, das eine Antwort auf diese Frage enthält; in diesem Schreiben berichtet Styp von Rekowski nämlich über das Leben beim polnischen Infanterieregiment Nr. 15, bei dessen 5. Ausbildungsbataillon er seinen Militärdienst abgeleistet hat. Der Pole hat also, trotzdem er deutscher Staatsbürger ist, bei einem aktiven polnischen Truppenteile gedient. Hoffentlich nimmt sich der Staatsanwalt auch dieser Angelegenheit einmal an.

Die Mitglieder der polnischen Minderheit werden also in Polen militärisch ausgebildet. Daß es sich da nicht um eine bloße Spielerei oder um eine sportliche Unterhaltung handelt, versteht sich von selbst. Den Mitgliedern der polnischen Jugendvereine scheint eine ganz bestimmte Rolle im Falle eines deutsch-polnischen Krieges, mit dem die verantwortlichen Stellen in Polen ebenso bestimmt wie ihre Vorposten im deutschen Grenzgebiet zu rechnen scheinen, zugedacht zu sein. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der polnischen Minderheitsschulen, deren aus Polen bezogene Lehrkräfte ganz gewiß nicht zufällig fast durchweg polnische Reserveoffiziere sind. Diese Schulen sollten nach der Absicht der preußischen Minderheitenschulverordnung Pflegestätten des polnischen Kulturlebens sein. Sie sind in den Händen eines Volkes, dem Macht mehr gilt als Kultur, dem kulturelle Werte nur nebensächliche Beigaben des politisch-militärischen Machtstrebens sind, etwas ganz anderes geworden: Brandherde der nationalen Unruhe im Osten, Zellen des großpolnischen Gedankens, Vorposten des machtpolitischen Expansionswillens, Etappen auf dem polnischen Eroberungszuge zur Oder. In diesem Sinne ist der Stolper Prozeß gegen Jan Bauer für die deutsche Öffentlichkeit und für die preußischen Amtsstellen eine nicht mißzuverstehende Mahnung und ein schwerer Vorwurf gewesen. Eine Mahnung zur Wachsamkeit und aktiven Gegenwehr, die nicht bloß von den Gerichten, die nur Vergangenes ahnden können, sondern von der geschlossenen Volksgesamtheit, die neuen polnischen Übergriffen vorbeugen muß, zu leisten ist. Und ein Vorwurf, der sich gegen diejenigen richtet, der der polnischen Minderheit erst die Möglichkeit in die Hand gegeben haben, das zu werden und zu tun, was sie heute ist und tut.

Der Verrat von Neutomischel.

Von Herrn Studienrat Werner ging uns nachstehende Berichtigung zu:

Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung: In dem anonymen Artikel in Nr. 6 der Wochenschrift „Ostland“ vom 5. Februar 1932, Seite 68, überschrieben: „Der Verrat von Neutomischel“ sind mit Beziehung auf meine Person unwahre Behauptungen aufgestellt, und zwar:

1. Es ist unwahr, daß auf mich ein „Attentat“ verübt wurde. Wahr ist, daß der Stein in eine fremde Wohnung geworfen wurde.

2. Es ist unwahr, daß die Gardine in Brand gesetzt wurde. Wahr ist, daß überhaupt kein Brand stattgefunden und infolgedessen auch nicht „schnell gelöscht werden konnte“.

3. Es ist unwahr, daß meine Frau einen Nervenschock durch die Aufregung davongetragen hat. Wahr ist, daß meine Frau sich trotz des „Attentats“ bei bestem Wohlsein befindet.

4. Es ist unwahr, daß auf dem Papier stand: „Morgen folgen Bomben.“ Wahr ist, daß auf dem Papier stand: „Morgen folgen Handgranaten Neutomischel.“

5. Es ist unwahr, daß ich noch am Gymnasium in Weißensee beschäftigt bin. Wahr ist, daß ich seit drei Jahren stellvertretender Leiter des Städtischen Berliner Abendgymnasiums bin.

6. Es ist unwahr, daß Paetzold mit dem Attentat nicht in Verbindung steht. Wahr ist, daß die von Paetzold inszenierte Hetze gegen mich mindestens die Ursache des Attentats ist.

7. Es ist unwahr, daß Paetzold keine Drohbriefe an mich geschickt hat. Wahr ist, daß Paetzold wiederholt, schon seit 1928, Drohbriefe an mich, sogar mit eigenhändiger Unterschrift, geschickt hat.

8. Es ist unwahr, daß in meinen Prozessen gegen Paetzold keine öffentliche Verhandlung stattgefunden hat. Wahr ist, daß Paetzold in der öffentlichen Verhandlung am 4. Februar 1931 alle Vorwürfe, die er in seiner Broschüre gegen mich erhoben hat, zurückgenommen hat und sich bei Vermeidung einer Geld- und Haftstrafe verpflichtet hat, sie nicht weiter zu erheben.

9. Es ist unwahr, daß das Landgericht dem Beschluß des Amtsgerichts zugestimmt hat. Wahr ist, daß das Landgericht meine Privatklage gegen Paetzold und Genossen nur aus formalen Gründen zurückwies und sich für die Klage gegen Hendriock und Menzel als nicht zuständig erklärte.

10. Es ist unwahr, daß das „Ostland“ meine Berichtigung in Nr. 18/1931 abgedruckt hat, „da von seiten der Schriftleitung in das schwebende Verfahren nicht eingegriffen werden konnte“. Wahr ist, daß das „Ostland“ die Berichtigung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes abdrucken mußte. gez. Dr. Werner.

Hierzu bemerken wir folgendes: Zu 1—4: Daß das Attentat nicht die Wohnung des Herrn Studienrats Werner, sondern eine fremde Wohnung in Mitleidenschaft gezogen hat, haben wir inzwischen selbst festgestellt. Wir hatten die Meldung einem Blatt entnommen, das den Sachverhalt weder von sich aus berichtigt, noch auch von Herrn Studienrat Werner eine diesbezügliche Berichtigung erhalten hat. Die Einzelheiten des „Attentats“ sollen sich unseren Erkundigungen nach in der von uns erwähnten Weise in der fremden Wohnung abgespielt haben. Wir bedauern die Hausgenossen des Herrn Studienrats Werner, die die Opfer eines „Attentates“ geworden sind, das ihnen gar nicht gegolten hat. — Zu 5: Es trifft zu, daß Herr Werner nicht mehr am Gymnasium in Weißensee beschäftigt ist; er wird dort aber noch als Studienrat geführt. Was die Eigenschaft des Herrn W. als stellvertretender Leiter des Städtischen Berliner Abendgymnasiums betrifft, weisen wir auf folgendes hin: Herr Stadtschulrat Nydahl hat in der Stadtverordnetensitzung vom 15. Oktober v. J., in der der Fall Werner zur Sprache kam, gesagt: „Ich darf zunächst zur Richtigstellung bemerken, daß Herr Studienrat Werner niemals Leiter des Abendgymnasiums gewesen ist, sondern nur als Lehrer dort tätig war.“ Wie wir erfahren, ist Herr W. vom 18. Dezember 1931 bis 4. Januar 1932 stellvertretender Leiter gewesen. — Zu 6 und 7 geben wir später Herrn Konrektor Paetzold zu einer Entgegnung Raum. — Zu 8: Herr W. spricht hier von seinen Prozessen gegen Paetzold; in unserer beanstandeten Notiz war aber nur von dem „Prozeß Werner gegen Paetzold und andere Persönlichkeiten“ die Rede. In diesem Prozeß ist es, wie wir bemerken, tatsächlich zu keiner öffentlichen Verhandlung gekommen. Herr W. bezieht sich dagegen auf den zwischen ihm und Herrn Paetzold im Februar v. J. abgeschlossenen Vergleich, auf den der damals schwer leidende Verfasser der Broschüre „Wie Neutomischel polnisch wurde“ auf Anraten seines Arztes, der ihn vor den Aufregungen eines Prozesses warnte, einging. — Zu 9: Es trifft zwar zu, daß das Landgericht die Privatklage Werners gegen Paetzold und Genossen aus formalen Gründen zurückgewiesen hat. Das Landgericht hat in seiner Begründung aber die sachliche Abweisungsbegründung des Amtsgerichtes weder ausdrücklich abgeschwächt, noch ihr ausdrücklich widersprochen. Wir sprechen im Namen zahlreicher Verdrängter, die ein starkes Interesse an der endlichen Aufklärung der seinerzeitigen Neutomischeler Vorgänge haben, wenn wir es lebhaft bedauern, daß Herr W. seine Privatklage gegen Paetzold und Genossen nicht rechtzeitig und seine Klage gegen Hendrink und Menzel nicht beim zuständigen Gericht eingereicht hat. Dadurch wurde die gerichtliche Aufklärung der Neutomischeler Vorgänge, an der, wie wir annehmen, Herr Studienrat Werner doch am meisten interessiert sein muß, vorerst leider verhindert.

Entschädigungswesen.

Zur Neuaufrollung des Entschädigungswesens.

Der **Landesverband Freie Stadt Danzig** des Deutschen Ostbundes hat in seiner letzten Mitgliederversammlung folgende Entschließung angenommen: „Die Bundesleitung Berlin bitten wir, gemeinsam mit den andern Geschädigtenverbänden sich neben der mit Interesse und Dank verfolgten Einsetzung für eine höhere Abgeltung der Schadensfälle auch mit allem Nachdruck einzusetzen für eine nochmalige Wiederaufrollung der abgewiesenen Anträge auf Abgeltung im ordentlichen Entschädigungsverfahren oder auf eine Beihilfe aus dem Härtefonds. Ein großer Prozentsatz Geschädigter ist abgewiesen allem Anschein nach auf erfolgte Auskünfte hin von Vertrauensleuten in Polen, die das Reichsentschädigungsamt eingeholt hat. Es steht fest, daß diese Auskünfte sehr oft im Widerspruch zu den von den Geschädigten beigebrachten einwandfreien Nachweisen stehen. Unsere Bitte geht dahin, mit aller Energie dahin zu arbeiten, daß der Bearbeitung der Entschädigungssachen nicht nur die den Tatsachen häufig entgegenstehenden Auskünfte der Vertrauensleute zugrunde gelegt werden. Ferner dafür zu sorgen, daß eine Abänderung in diesem Sinne für solche Fälle auch Anwendung findet, für die das Schlußverfahren sowie Erledigung aus dem Härtefonds bereits zum Teil schon durchgeführt ist. Weiter bitten wir dafür zu sorgen, daß den Geschädigten diese allem Anschein nach sehr oft abwegigen, nicht zutreffenden Auskünfte im genauen Wortlaut, wenn schon nicht die Namen der Auskunftgebenden, zugehen, damit die Geschädigten dazu Stellung nehmen können und dabei die Möglichkeit haben, ihren Schadenssachen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende gerechte Beurteilung seitens des Reichsentschädigungsamtes zu verschaffen."

In dieser Entschließung werden Fragen berührt, in denen in allen Landesverbänden und -ortsgruppen mit Recht starke Beschwerden erhoben werden. Das hat die Bundesleitung den Behörden gegenüber oft genug betont, und sie wird in diesem Punkt auch künftig die berechtigten Belange der Geschädigten stets mit Nachdruck wahrnehmen.

Bundesnachrichten.

Behauptung in der Wirtschaftskrisis.

Interessante Feststellungen aus den Ortsgruppen-Jahresberichten.

Die jetzt täglich in großer Anzahl bei der Bundesleitung einlaufenden Jahresberichte der Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes gewähren in ihrer weitaus überwiegenden Mehrzahl ein durchaus erfreuliches Bild, denn sie zeigen, mit welch großem Eifer und Erfolg die meisten Ortsgruppen um ihre Selbstbehauptung während der jetzigen schwierigen Zeitverhältnisse kämpfen. Sie gehen von dem ganz richtigen Standpunkt aus, daß es in der jetzigen Notzeit doppelt notwendig ist, die Mitglieder zusammenzuhalten, um zu verhüten, daß die Stoßkraft des Deutschen Ostbundes geschwächt wird in einer Zeit, in der für den Osten so vieles auf dem Spiele steht und in der daher der Einfluß einer kraftvollen Organisation, die sich unentwegt für den Osten einsetzt, notwendiger ist denn je. Darum sind die Ortsgruppen bemüht, den unvermeidlichen Verlust an Mitgliedern, der durch Austritte, Todesfälle und Wegzug eintritt, durch Werbung neuer Mitglieder auszugleichen. Wenn z. B. die Ortsgruppe Driesen (Landesverband Ostmark, Frankfurt a. d. O.) berichten kann, daß sie zwar 12 Mitglieder verloren, aber auch 12 neue Mitglieder gewonnen hat, so ist das in hohem Grade erfreulich. Noch erfreulicher freilich ist es, wenn beispielsweise die Ortsgruppe Neudamm berichten kann, daß sie die Zahl ihrer Mitglieder von 65 auf 70, also um 5 erhöhen konnte, indem sie den Verlust von 7 Mitgliedern durch 12 Neuaufnahmen auszugleichen wußte, oder wenn die Ortsgruppe Drossen, die ebenfalls dem Landesverband Ostmark angehört, berichten kann, daß sich die Zahl ihrer Mitglieder von 42 auf 50, also um 8, erhöht hat, oder wenn die Ortsgruppe Forst (Landesverband Ostmark) ihre Mitgliederzahl von 60 auf 72, also um 12 steigern konnte.

Es läßt sich natürlich nicht vermeiden, daß in der jetzigen Notzeit erwerbslose oder sonst bedürftige Mitglieder zeitweilig auf Antrag Beitragsermäßigung oder gar Beitragsbefreiung erhalten. Diese Möglichkeit ist im Deutschen Ostbund ausdrücklich vorgesehen, um jedem, auch wenn es ihm schlecht geht, die Möglichkeit zu geben, seiner Treue gegenüber der alten Heimat und seiner Bereitwilligkeit, für die Zurückgewinnung der uns geraubten Ostgebiete zu kämpfen, Ausdruck zu geben. Es ist echt ostmärkisch gedacht, wenn in einzelnen Ortsgruppen auch bedürftige Mitglieder sich bemühen, den geringen Beitrag auch dann zu zahlen, wenn es ihnen nicht gut geht, und wenn infolgedessen beispielsweise die Ortsgruppe Selchow (Landesverband Ostmark) berichten kann, daß alle Mitglieder vollzahlende sind, oder wenn die schon erwähnte Ortsgruppe Drossen mitteilen kann, daß von ihren 50 Mitgliedern 44 vollzahlende sind, nur 6 einen ermäßigten Beitrag bezahlen, beitragsfreie aber überhaupt nicht vorhanden sind, oder wenn die Ortsgruppe Müncheberg (Landesverband Ostmark), die ihre Mitgliederzahl ebenfalls um 5 gesteigert hat, nur 3 Mitgliedern den Beitrag zu ermäßigen brauchte und bei 35 vollzahlenden Mitgliedern nur einen beitragsfreien Landsmann hat.

Ebenso angenehm ist es, wenn wir aus der Ortsgruppe Friedrichshagen (Landesverband Berlin-Brandenburg) hören, daß dort ein Landsmann für die schöne Einrichtung der Patenschaften sich in dem Sinne eingesetzt hat, daß er die Zahlung des vollen Beitrages für ein bedürftiges Mitglied übernommen hat, und wenn wir feststellen können, daß dieses wackere Eintreten von Mitgliedern für Landsleute, die unverschuldet in eine schlechte Lage geraten sind, auch anderwärts vorkommt.

Diese Beispiele, die beliebig fortgesetzt werden könnten, mögen für heute als Beweise dafür genügen, daß der Deutsche Ostbund eine durchaus gesunde Organisation ist, die sich durch den Kampfgeist ihrer Mitglieder auch in den Stürmen der Zeit erfolgreich und kraftvoll behauptet.

Wir danken den erwähnten und allen andern Ortsgruppen, die es durch ihre Umsicht und Tatkraft verstanden haben, die Landsleute — um die Ostbundfahne geschart — beisammen zu halten, für das Verdienst, daß sie sich dadurch um die ostmärkische Sache erworben haben, und hoffen, daß diese Beispiele allerwärts anspornend wirken und auch dort zu dem Erfolge führen werden, daß die alten Mitglieder nicht kampfmüde werden, sondern dem Deutschen Ostbunde auch weiterhin die Treue halten, und daß es gerade in dieser für die Ostfragen so wichtigen Zeit gelingt, durch unablässige geschickte Werbung neue Mitglieder zu gewinnen. Man wird diesen Zweck am leichtesten erreichen, wenn man sich die persönliche Werbung angelegen sein läßt und dazu unser „Ostland" benutzt. Wir sind gern bereit, alte „Ostland"-Nummern zu Werbezwecken kostenlos abzugeben.

Nur den Mut nicht sinken lassen! Nur nicht kampfmüde werden! Nur nicht wanken in der Treue zur alten Heimat, in der Treue gegenüber unserer schwer um ihr Deutschtum kämpfenden Brüder und Schwestern in dem uns geraubten Gebiet! Nur nicht nachlassen in dem Kampf um unser Recht und um die Zurückgewinnung der alten Heimat! Je schlechter und schlimmer die Zeiten sind, um so leuchtender bewährt sich ostmärkische Treue! Darum, liebe Landsleute, helft uns weiter kämpfen und werben für das, wofür wir leben und sterben: für unser Recht auf die Ostmark!

Ortsgruppen, die Jahresberichte und beantwortete Fragebogen noch nicht eingesandt haben, bitten wir, dies unverzüglich zu tun.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Magdeburg: Monatsversammlung 22. Februar; es spricht Oberstudiendirektor Bruhns über „Jugenderziehung und Volkszukunft".

Ortsgruppe Berlin-Nord: Hauptversammlung am Montag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, Chausseestraße 94, Kriegervereinshaus.

Ortsgruppe Wittenberg (Bezirk Halle): Freitag den 4. März, abends 8 Uhr, in Balzers großem Festsaale große ostmärkische Kundgebung. Es werden sprechen Dr. Franz Lüdtke, Berlin, Studienrat Dr. Kliche, Wittenberg. Mitwirken in Sologesängen Pfarrer Kempff, Wittenberg, und Schulleiter Weimann, Wittenberg. Ostmärker und Gäste sind herzlichst eingeladen. Eintritt frei. (Der Bericht in Nr. 5 stammte von der Ortsgruppe Wittenberg (Bezirk Halle), nicht, wie irrtümlich angegeben, von einer Ortsgruppe Wittenberge, die es gar nicht gibt.)

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Memellandkundgebung in Potsdam.

Die **Ortsgruppe Potsdam** und mit ihr die Vereinigten Grenzlandverbände in Potsdam und Nowawes haben uns um Bekanntgabe folgender Protestkundgebung ersucht:

„Die Vereinigten Grenzlandverbände in Potsdam und Nowawes erheben in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Protestveranstaltung des Memellandbundes in Berlin und der Volkskundgebung an der Luisenbrücke in Tilsit schärfsten Protest gegen die Vergewaltigung des Memellandes durch die Litauer.

Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie durch wirksame Maßnahmen dem Memelland zu seinem Rechte verhilft."

Ortsgruppe Potsdam und Umgegend des Deutschen Ostbundes.

Memellandbund Nowawes. Hilfsbund der Elsaß-Lothringer im Reich, Ortsgruppe Potsdam. Verein heimattreuer Ostpreußen in Potsdam und Umgegend. Verein heimattreuer deutscher Westpreußen in Potsdam und Umgegend. Verein der Rheinländer Potsdam. Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe Potsdam. Verein der Ost- und Westpreußen Nowawes. Sudetendeutscher Heimatbund E. V., Ortsgruppe Potsdam, Nowawes, Neubabelsberg.

Die **Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf** hat am 14. Januar ihre Generalversammlung im Gade'schen Lokal abgehalten. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Herr Böhmer, 2. Vorsitzender Herr Konrektor Piwecki, Schriftführer Herr Bahnvorsteher Ziesmer, Kassierer die Herren Kattke sen. und Scherer, Beisitzer Herr Neufeld. Herr Bach ist Ehrenvorsitzender, Rechnungsprüfer die Herren Janetzky und Lindemann. Am Donnerstag, 11. Februar, hielt die Ortsgruppe ihre

Monatsversammlung in dem neuen Vereinslokal des Herrn Sadau, Berlin-Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 124, ab. Zunächst erfüllte der Vorsitzende die traurige Pflicht, der Versammlung den Tod von zwei Mitgliedern bekanntzugeben: Frau Glander und die Ehefrau des Rechnungsprüfers Herrn Lindemann. Zum ehrenden Andenken der verstorbenen Landsleute erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Des weiteren machte der Vorsitzende auf die Kundgebung des Memellandbundes e. V. gegen die litauische Gewaltherrschaft aufmerksam. Dann wurde der Inhalt des Rundschreibens Nr. 1 vom 18. Januar d. J. bekanntgegeben. U. a. wurde über die Verbreitung unseres Ostdeutschen Heitmatkalenders und die Werbetätigkeit unserer unentbehrlichen Bundeszeitschrift „Ostland“ gesprochen. Herr Böhmer gab ferner einen Überblick über das neue Rundschreiben, u. a. wichtige Mitteilungen über Verhandlungen der Ostbundleitung und der übrigen Vertreter der großen Geschädigtenverbände mit dem Reichsfinanzministerium über die Frage der Beleihung der Schuldbucheintragungen usw. Die Ortsgruppe wird sich am Volkstrauertag am 21. d. M., vormittags 9 Uhr, an der Feier auf dem Reinickendorfer Städtischen Friedhof in der Humboldtstraße und abends 8 Uhr an der Heldengedenkfeier des Vereins für Kriegsgräberfürsorge im Reinickendorfer Schützenhaus beteiligen. Es wurde bemerkt, daß die Bekanntgabe unserer Versammlungen im Reinickendorfer „Generalanzeiger“ wesentlich dazu beitragen, die Wirksamkeit des Deutschen Ostbundes, Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf, hervorzuheben. Dieser Umstand hat der Ortsgruppe schon Mitglieder zugeführt, welche die Betreuung der Ortsgruppe vorher entbehrt haben. Die nächste Monatsversammlung findet am 10. März 1932, abends 8 Uhr, wieder im Lokal des Herrn Sadau, Residenzstraße 124, statt. Z.

Ortsgruppe Erkner. Der 1. Vorsitzende, Herr Forstmann, begrüßte in der Generalversammlung am 18. Januar die zahlreich erschienenen Mitglieder der Ortsgruppe, der Frauen- und Jugendgruppe und die Gäste. Über die Tätigkeit der Frauen- und Jugendgruppe konnte nur Lobenswertes gesagt werden. Beide haben aus eigener Kraft noch mit Überschüssen gearbeitet, ebenso wie die Ortsgruppe, wie aus dem von Herrn Kassenführer Pöhlke erstatteten Kassenbericht hervorging. Auf Antrag der Revisoren wurde dem umsichtigen Kassenführer Herrn Pöhlke Entlastung erteilt. Den Jahresbericht trug Herr Forstmann vor. Die Vereinsgeschäfte wurden in 1 Generalversammlung, 7 Mitgliederversammlungen und 6 Vorstandssitzungen erledigt. Gefeiert wurden das 6. Stiftungsfest, 1 Sommervergnügen, 1 Werbeversammlung mit Übernahme von drei historischen Fahnen und das Weihnachtsfest. Kulturvorträge wurden zwei gehalten, und zwar vom 2. Vorsitzenden, Herrn Falkenberg, über „Berufswahl unserer Kinder“ und „Die augenblickliche wirtschaftliche Lage des Ostens“, die sehr viel Anklang fanden. Eine Jugendgruppe und eine Frauengruppe wurden am 12. April 1930 gegründet. Ein Tischbanner wurde von den Damen des Vereins gestiftet und am 10. Mai 1930 bei der fünfjährigen Stiftungsfeier überreicht. Im Anschluß an diesen Bericht gab der Vorsitzende zum Jahreswechsel noch ein kurzes Geleitwort, indem er u. a. ausführte: „Trotz aller Not wollen wir versuchen, Hand in Hand, treu, kraftvoll und mutig ins neue Jahr wandern; wir wollen weiter arbeiten, bis die Sonne uns klar scheint, immer mit dem Blick und dem Herzen nach dem Osten gewandt. Wir sind erfüllt von glaubensvollem Hoffen und hegen keinen Zweifel darüber, daß das, was wir verloren haben, doch für uns nicht verloren ist.“ — Dann kam es zur Vorstandswahl. Fast alle Vorstandsmitglieder waren bereit, ihre Ämter auch im neuen Jahre weiterzuführen; die Wahlen erfolgten einstimmig. Neu in den Vorstand trat Frl. Habel als Schriftführerin an Stelle des aus Altersrücksichten zurückgetretenen Herrn Wenzel. Neu ist u. a. auch als Kulturpfleger Herr cand. phil. Walter Ulmann. Vier neue Mitglieder konnten wieder aufgenommen werden. Herr Seidler regte an, in den Versammlungen eine Sammelbüchse herumgehen zu lassen zum Besten eines Weihnachtsfonds. Die erste Leerung ergab sogleich einen namhaften Betrag. Geschäftliche Besprechungen und ein gemütliches Beisammensein beendeten die Versammlung.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Müncheberg und Umgegend. Die Jahreshauptversammlung fand am 12. Januar im „Zentralhotel“ statt. Die ziemlich gut besuchte Versammlung eröffnete der erste Vorsitzende mit herzlichen Begrüßungsworten und besten Glückwünschen für das neue Jahr, die in dem Motto des Bundes gipfelten: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein.“ Der Kassierer gab einen Bericht über die Kassenverhältnisse, wonach die Einnahmen im verflossenen Jahre ganz bedeutend zurückgegangen sind. Dem Bericht eines Kassenprüfers folgte dann die Entlastung des Kassierers und der Jahresbericht. Anschließend fand die Wahl der Vorstandsmitglieder statt. Es wurden gewählt zum Vorsitzenden Herr Bösler, zum Kassierer Herr Fritz, zum Schriftführer Herr Bloch, zu Beisitzern Herr Dr. Koch und Herr Hoppe, außerdem zu Kassenprüfern Herr Nitz und Herr Müller.

Landesverband Schlesien.

Die **Ortsgruppe Breslau** hielt am 21. Januar im Vinzenzhause ihre Hauptversammlung ab. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den 2. Vorsitzenden, Reg.-Ob.-Insp. König, und Erledigung der üblichen Vereinsangelegenheiten nahm die Versammlung den Jahresbericht des Schriftführers Neumann entgegen. In diesem wurde der beiden im Vorjahre verstorbenen Vorstandsmitglieder Scharlach und Heisig gedacht, die sich um den Ostbund große Verdienste erworben hatten. Es wurden dann die im rückliegenden Jahre gehaltenen Vorträge und musikalischen Darbietungen erwähnt und besonders des so schön verlaufenen 11jährigen Stiftungsfestes und der Weihnachtsfeier gedacht. Weiter gab der Bericht bekannt, daß das langjährige Vorstandsmitglied Göttsch die Ehrenurkunde und 10 Mitglieder aus Anlaß ihrer 10jährigen Mitgliedschaft Ehrennadeln erhalten haben. Es sind im verflossenen Jahr 11 Vorstands- und 11 Monatsversammlungen abgehalten worden. Es folgte der Bericht des Kassenführers Kutzner. Nach dem Bericht der Kassenprüfer wurde dem Kassenführer und Vorstande Entlastung erteilt. Die Mitgliederbeiträge wurden von 2,50 auf 2,10 RM. herabgesetzt. Anschließend fand die Verabschiedung des sehr geschätzten bisherigen 1. Vorsitzenden, Rechtsanwalts Stenzel, statt, der aus Anerkennung für seine großen Verdienste um den Ostbund und um die Sache des Ostens die silberne Ehrennadel mit Besitzzeugnis erhielt. Die darauf folgende Wahl ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Herr Studienrat Dr. Hanow, 2. Vorsitzender Herr Reg.-Ob.-Insp. König, Schriftführer Herr Oberpostsekretär Neumann, Kassenführer Herr Kaufmann Kutzner, Schriftleiter für das Mitteilungsblatt Herr Lehrer Erdmann, Beisitzer Fräulein Heinze und Herr Kaufmann Pohl.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die Jugendgruppe Neuhaldensleben veranstaltete am 20. Dezember 1931 im Gasthaus „Zur Eisenbahn“ ihre sehr gut besuchte Weihnachtsfeier. Mit einem gemeinsam gesungenen Lied wurde die Feier eingeleitet. Ein gut vorgetragener Vorspruch, Einzel- und Chorgesänge und ein Einakter „Weihnachtsglocken“ folgten. Die Mitwirkenden ernteten reichen Beifall. Zwischendurch fand eine Verlosung statt. Die Gewinne bestanden aus nützlichen Gegenständen, zum größten Teil aus Handarbeiten, die von der Jugendgruppe angefertigt waren.

Landesverband Hessen-Nassau.

Ortsgruppe Wetzlar. Am 23. Januar fand die Feier des zehnjährigen Bestehens unserer Ortsgruppe statt. Zu unserer Freude war der Saal der „Alten Post“ von Landsleuten und Gästen fast überfüllt. Vom Bundespräsidium war Dr. Franz Lüdtke zu uns gekommen; mehrere Mitglieder der Nachbarortsgruppe Gießen waren erschienen, viele Glückwünsche aus den Reihen des Landesverbandes Hessen-Nassau trafen ein, und zahlreiche Wetzlarer Vereinigungen nahmen teil an unserer ostmärkischen Feier, die umrahmt wurde von Darbietungen des Wetzlarer Männergesangvereins, der unter seinem hervorragenden Dirigenten Ed. Cujé äußerst wirkungsvoll Gesänge zu Gehör brachte („Wieland der Schmied“ mußte wiederholt werden!), während Frau Langner den Vorspruch rezitierte. Sodann erfolgte die Verleihung der Treunadel für zehnjährige Mitgliedschaft an die Herren Steuersekretär Karl Baarz, Emil Martin, Johann Konwinski, Lehrer Ewald Altnau, Albert Schulz und Fräulein Frieda Dräger. Weitere Treunadeln wurden den Herren Hans Dehmel, Erich Altrock, Konrad Langner, Ernst Baum, Robert Krüger und Frau Gorny überreicht. Für alle Ausgezeichneten fand Dr. Heubach freundliche und humorvolle Worte. In der Festrede, die die ostdeutsche Frage als die Schicksals- und Zukunftsfrage Deutschlands behandelte, ging Dr. Lüdtke von den Tagen des Zusammenbruches 1918 aus, in denen Ostdeutschland geahnt habe, daß ein grauenvolles Echo folgen würde. An dem Beispiel der Vorfahren Hindenburgs entwickelte der Redner ein Bild von dem Jahrtausende währenden Kampf um den deutschen Osten, der heute noch unausgekämpft sei. Die deutschen Kolonisatoren seien nicht als Nutznießer gekommen, sondern als Kulturbringer. So blühte um Oder und Weichsel das Land auf, wurde die Heimat der heutigen Ostmärker. Und als im Kriege das Königreich Polen errichtet wurde, sahen die Ostmärker die Verblendung dieses Schrittes. Sie wußten, daß sich einmal die staatliche Selbständigkeit Polens gegen Deutschland richten würde. Der Weltkrieg, der die Grenzen Deutschlands verschont hatte, fand seine traurige Fortsetzung in den Kämpfen, die sich auf dem Boden der Ostmark abspielten. Dann kamen die Friedensbedingungen, die einen Schrei des Entsetzens auslösten. Da konzentrierte sich das nationale Ostmärkertum, das alle Parteien umfaßte, zum Grenzschutz unter Hindenburgs Führung. Die Entente fiel Deutschland in den Rücken, und deutsche Uneinigkeit vereitelte einen Erfolg. Deutsches Gebiet von der Größe Bayerns mit vier Millionen Einwohnern ging dem Reich verloren. Einen Erfolg trug der Deutsche Ostbund in diesem Kampf davon. Er erreichte, daß in den beiden Preußen und in dem Land um Schneidemühl, das alles den Polen zugeschlagen werden sollte, Volksabstimmungen zugelassen wurden, die einen nahezu hundertprozentigen deutschen Sieg erbrachten. Auch die Masuren stimmten geschlossen für Deutschland. Redner sprach weiter über die furchtbare Not Oberschlesiens, den Terror der Aufstände, die Haltung der Ronds, die wahnsinnige Grenze durch das Industrie- und Bergbaurevier. Als Beweis für die heutige Not in Ostdeutschland führte der Redner die Zahl der ländlichen Zwangsversteigerungen an, von denen in ganz Preußen 90 v. H. auf die Ostprovinzen entfallen. Das Land vermag die Bewohner nicht mehr zu ernähren, sie müssen abwandern. Drüben in Polen staut sich die Bevölkerung; man wartet drüben auf die Stunde, wo die Grenzen nochmals zugunsten Polens geändert werden können. Ein System von Schikanen hat eine Million Deutsche aus den polnisch gewordenen Gebieten vertrieben. Ost-Locarno bedeute: Deutschland soll die Grenze garantieren, aber Polen denkt nicht daran. Hier setze der Ost-

bund seine Arbeit an, der seit zwölf Jahren predigt, um was es im deutschen Osten gehe: um das deutsche Schicksal, das nicht am Rhein, nicht in der Nordmark und nicht im Süden entschieden werden würde, sondern im Osten. Der Redner rief zur Unterstützung des Ostbundes auf und schloß mit einem Ausblick auf das ungeschriebene Jahr, da die deutsche Ostmark und Deutschland frei ist, wo das große Deutschland entstanden sein wird, das alle Deutschen in Mitteleuropa umfaßt. Anschließend überreichte Dr. Lüdtke mit dem Ausdruck höchster Anerkennung dem Vorsitzenden, Sanitätsrat Dr. Heubach, nicht nur die Treunadel mit der Zahl 10, sondern im Namen des Bundespräsidiums auch die höchste Bundesauszeichnung, die Silberne Ehrennadel. Herzlich bewegt dankte Dr. Heubach. Sodann sprach Studienrat Fabel namens des Jungdeutschen Ordens und hob hervor, daß die Landnahmebewegung und der freiwillige Arbeitsdienst des Ordens in ähnlicher Art auf Rettung der Ostmark hinzielten wie die Tätigkeit des Ostbundes. Studienrat Dr. Lomb brachte die Grüße des V. D. A. und betonte die Gemeinschaft beider befreundeter Verbände hinsichtlich der Kulturpflege des gefährdeten Deutschtums jenseits der Reichsgrenzen. Der Vorsitzende des Männergesangvereins, Architekt Rudiger, versprach, die zum Deutschen Sängerfest im Juli nach Frankfurt a. M. kommenden Sänger aus dem Weichselgau nach Wetzlar einladen zu wollen. Dr. Heubach dankte allen Rednern und überreichte sodann Herrn Dr. Lüdtke als Zeichen des Dankes der Ortsgruppe ein soeben erschienenes Werk über „Goethe und Wetzlar". Noch viele Stunden blieb man, in altheimatlicher Geselligkeit vereint, zusammen.

Aus befreundeten Verbänden.

Herman Wirth-Gesellschaft.

Professor Dr. Ernst Bergmann, Leipzig, spricht am Donnerstag, den 25. Februar 1932, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Oberverwaltungsgerichts, Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 31, zu dem Thema: „Der Atlantische und der Mittelmeer-Kulturkreis der Frühgeschichte." Ihr Aufbau im Lichte der Urschriftlehre Herman Wirths und der Welteislehre Hörbigers. — Eintritt 1 und 2 Mark, Mitglieder die Hälfte.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Oberschullehrer i. R. Robert Rudolph †.

In Glatz verstarb am 2. Februar nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden der langjährige Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes, der Oberschullehrer i. R. Robert Rudolph, im 73. Lebensjahre. Nachdem Apotheker Stiebeiner im Sommer 1920 den Glatzer Verein der Ostmärker ins Leben gerufen hatte, übernahm Robert Rudolph, der inzwischen vom Prinz-Heinrich-Gymnasium im entrissenen Kempen (Posen) nach Glatz als überzähliger Oberschullehrer versetzt worden war, im Mai 1921 die Leitung. Was er für die Verdrängten in nie ermüdender Hilfsbereitschaft in der Zeit der Vor-, Haupt- und Endentschädigung getan hat, wissen die Mitglieder mit herzlicher Dankbarkeit zu rühmen. Auch als er nach Erledigung dieser Fürsorgearbeiten und Umstellung der Ortsgruppe zur Kulturarbeit den Vorsitz in andere Hände übergab, war Herr Rudolph rührig und treu der ostmärkischen Sache.

Rentier Heinrich von Rhein †.

Am 4. Februar ist, wie schon aus dem Anzeigenteil der letzten Nummer ersichtlich war, in Rogasen im ehrenvollen Alter von 80 Jahren Herr Rentier Heinrich von Rhein gestorben.

In von Rhein ist ein treuer Sohn des Posener Landes dahingegangen, ein echter Deutscher, ein aufrechter Mann besten Charakters. Schon in jungen Jahren berief ihn das Vertrauen seiner Mitbürger in die Leitung verschiedener Organisationen, und bald gab es kaum eine Vereinigung in Rogasen, die es sich nicht zur Ehre angerechnet hätte, Herrn von Rhein in ihrem Vorstand zu sehen. Jahrzehntelang gehörte er der Rogaser Stadtverwaltung erst als Stadtverordneter und dann als Ratmann an, war Mitglied des Kreistages in Obornik, Vorstandsmitglied des Landwehrvereins, der Freiwilligen Feuerwehr, des Deutschen Männerturnvereins, des Bürgervereins, des Männergesangvereins usw. Auch dem evangelischen Schulvorstand gehörte er an. Besonders rührig war Herr von Rhein in der Vorkriegszeit, wenn es galt, bei Reichstags- oder Landtagswahlen dem deutschen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Auch nach dem Zusammenbruch blieb er der alten Heimat treu. E.

Leo Ephraim †.

Am 12. Februar ist in Breslau Herr Leo Ephraim aus Posen, nachdem er am 8. Februar noch hatte sein 76. Lebensjahr vollenden können, nach langem, schwerem, geduldig ertragenem Leiden sanft entschlafen. Die deutsche Industrie im Osten hatte in ihm früher einen geschätzten Führer und Berater. Als Vorsitzender der seinerzeit von Geheimrat von Tilly als Landrat ins Leben gerufenen Posener Besiedlungsgenossenschaft in Zabikowo, Kreis Posen-West, hat er warmen Herzens geholfen, den Grenzwall deutscher Ansiedlungen gegen das Polentum zu schaffen. Eine eingehendere Würdigung seiner Verdienste ist in unserem Blatte bereits im vergangenen Jahre zu seinem 75. Geburtstage erschienen. Sein Glaube an das Deutschtum und an den Sieg der gerechten deutschen Sache über die Slaven haben ihn bis zuletzt nicht verlassen.

Lesser Urys Nachlaß wird versteigert.

Der bekannte Kunstmaler Lesser Ury aus Birnbaum stammend, dem wir in Nr. 43 des „Ostlands" einen längeren Nachruf gewidmet haben, befand sich bei seinem am 18. Dezember 1931 erfolgten Tode in so schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, daß über seinen Nachlaß der Konkurs verhängt worden ist. Der Konkursverwalter wird am 23. Februar in Dahlem, Griegstr. 42/44, den Nachlaß des Kunstmalers versteigern.

*

Verlobt: Edith Zedler, Fredersdorf bei Berlin, früher Mogilno, mit Dr. Franz Tschirn, Berlin W., am 31. 12. 31; Fräulein Gertrud Mohaupt, Tochter des Rektors Leo Mohaupt in Bertlich, früher in Labischin und Powidz (Posen), mit Julius Stonjek in Westerholt.

40jähriges Dienstjubiläum: Oberpostsekretär Aug. Köhler, ein rühriges Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Steinanu a. d. O., früher in Fraustadt, Bentschen und Bojanowo, am 8. 2.

In den Ruhestand getreten: Konrektor Otto Herzberg in Wittenberg nach 40jähriger Amtstätigkeit, früher in Friedrichsbruch, Kgl. Neudorf und Brachlin, Kreis Schwetz (Wpr.); nach 42jähriger Dienstzeit bei der Reichspost Herr Oberpostsekretär Szyszka (ein Nachkomme des Hussitenführers Ziska), der lange Zeit beim Postamt in Wollstein tätig war und nach dem Zusammenbruch an das Postamt in Pyritz versetzt wurde. Er gehört unserer Ortsgruppe in Pyritz an. Das „Pyritzer Kreisblatt" widmet seiner Tätigkeit in Pyritz einen sehr warm gehaltenen längeren Artikel, in dem es auch auf die mannigfachen Ehrungen hinweist, die dem allgemein beliebten Beamten anläßlich seines 40jährigen Dienstjubiläums zuteil geworden sind.

Bejahrte Ostmärker. Frau Albertine Hoffmann in Königsberg (Pr.), Yorckstr. 85, früher Inhaberin eines Goldwaren- und Uhrengeschäfts in Mogilno, am 1. 3. 75 J. (H. ist langjähriges Mitglied und Dichterin der Ortsgruppe Königsberg); Oberwachtmeister i. R. Hermann Lutz in Sagan, Rochusweg 1, früher Wollstein, am 24. 2. 89 J. (L. machte die Feldzüge 1866, 1870/71 mit); der frühere Land- und Grundbesitzer Johann Jähner in Hannover, Ferdinand-Wallbrecht-Str. 25 (seit dem Jahre 1600 war sein Geschlecht in der Ostmark ansässig); Landwirt Karl Schöpke in Boczkow bei Skalmierszyce (Kreis Ostrowo), am 18. 2. 70 J.; pens. Taubstummenlehrer Johannes Kloß in Potsdam, Kastanienallee 17, am 21. 2. 78 J. (K. ist als Lehrer in den Taubstummenanstalten zu Schneidemühl und Bromberg sowie als Taubstummenprediger in der ganzen Provinz Posen tätig gewesen); Otto Schuhr in Lebus, früher Oblaczkowo (Kreis Wreschen), am 20. 2. 66 J. (Inhaber der Treunadel des D. O.); Registrator i. R. Franz Wallheim in Pyritz, früher Kulm (Wpr.), am 25. 2. 70 J. (W. ist seit Gründung der Pyritzer Ortsgruppe deren Mitglied und seit einigen Jahren Vorstandsmitglied); Uhrmachermeister Carl Streitz in Posen, Halbdorfstr. 1 (jetzt Potwiejska 1), am 29. 1. 75 J. (St. konnte den Festtag mit seiner gleichfalls noch sehr rüstigen Lebensgefährtin und der Familie des letzten noch lebenden seiner drei Söhne, der Studienrat in Brieg ist, begehen. Der Jubilar, der in seinen letzten Lebensjahren von vielen Schicksalsschlägen betroffen wurde, u. a. verunglückte sein jüngster Sohn Gerhard, der in Danzig Chemie studierte, tödlich bei einer Explosion und wurde gerade an dem 71. Geburtstage seines Vaters beerdigt, steht im nächsten Jahr bereits 50 Jahre in seinem Beruf, den er noch heute neben dem Amt eines Kirchenrates an der evang. Kreuzkirchengemeinde in Posen ausübt); Frau Marie Baumann, Ehefrau des verst. Gelbgießermeisters R. Baumann in Wollstein, jetzt in Luckenwalde bei ihrem Schwiegersohn, dem Vorsitzenden der Luckenwalder Ortsgruppe, Lehrer Toppen, am 19. 2. 75 J.; Witwe Hulda Lüdtke in Berlin N 24, Elsasser Straße 24, früher in Posen, Lange Str., am 22. 2. 69 J. (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Nord); der frühere Kaufmann Jakob Gotthelf in Braunschweig, Roonstr. 1, früher in Kosten (Posen), wo er im Jahre 1900 Stadtverordneter wurde und 1905 als Ratsherr in den Magistrat kam und später in den Kreistag gewählt wurde, am 25. 2. 80 J.

Gestorben: verw. Frau Stellwerksmeister Emilie Witt, geb. Wiese, in Kolberg, fr. Kulmsee, am 13. 1., 72 J.; Frau Molkereidirektor Rauch, geb. Gusmar, in Kolberg, Gattin des Vorsitzenden der dortigen Ortsgruppe des D. O., fr. Schmenta (Wpr.), am 9. 2., 58 J.; Gastwirt Otto Krüger, Falkenberg (Mark), fr. Budsin, Kr. Kolmar (Provinz Posen), am 1. 2., 58 J.; Joh. Grond, Frankfurt a. M., Mitbegründer und langjähriger Kassierer der dortigen Ortsgruppe; Frau Hulda Lindemann, geb. Bußler, in Berlin N 65, Schulstraße 104, fr. Gastwirtschaft Gembitz, Kr. Mogilno, am 10. 2., 61 J. (der Ehemann ist langjähriges Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf); Wwe. Emma Rüdiger in O.-Osterfeld, Parallelstraße 11, fr. Neusee, Kr. Posen-West, am 27. 1., 78 J.; Frau Emma Schwandt, geb. Renn, in Posen, am 12. 2., 67 J.; der von Gerdorffsche Gutsgärtner Martin Duda in Popowo (der dieser Herrschaft über 40 Jahre gedient hat, wie auch schon zwei Vorfahren nacheinander bis an ihr Lebensende im Dienste dieser Herrschaft gestanden haben), am 10. 2., 77 J.; Oberpostrat i. R., Geheimer Postrat Friedrich Grube in Frankfurt a. d. O., am 30. 1., 69 J.; Sanitätsrat Dr. Paul Kieback in Drossen (seit 1896 dort als Seminar-, Knappschafts- und Eisenbahnarzt tätig), am 8. 2.